

UNIA



DIE ZEITUNG DER GEWERKSCHAFT.

work

Josi Meier: Eine CVP-Frau als Ikone der Frauenbewegung. Seite 12



Lokführer-Personal:
Hanny Weissmüller
ist die erste Präsidentin

Bahn frei!

Seite 3

Konzerne in die Verantwortung

Die Schweizer Multis sollen endlich für ihre Sauereien im Ausland haften müssen. Seite 7

Aufbruch im Aargau: **GE**nug!

US-Konzern GE plant neuen Kahlschlag. Jetzt wehren sich die Mitarbeitenden. Seite 2

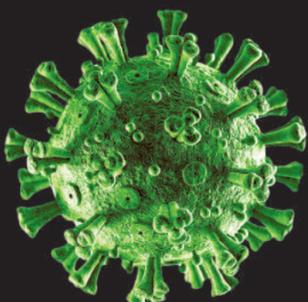


Blutige Beeren II

Neues von der Skandal-Bude Beiner + Berther in Landquart GR. Seite 5

Aufdecken!

Whistleblower sind in der Schweiz schlecht geschützt. Wie Sie Missstände trotzdem sicher ans Licht bringen. Der work-Ratgeber. Seiten 14-15



Corona: Die 2. Welle

Rechte Parteien, Gewerbeverbände und die Kantone haben die Erfolge des Frühlings verspielt • Die Notfall-Übung des Bundes. Seite 10



DAS VIRUS HAT UNS WIEDER

Und wie es uns hat! Diesmal macht es auch vor den Jodlern und Berglerinnen nicht Halt. Das Wallis ist jetzt Schweizer Meister bei den Fallzahlen. Und schon vor Tagen vermeldete der Kanton das Drama: 90 erkrankte Bewohnerinnen und Bewohner in 8 Pflegeheimen. Und 66 infizierte Pflegerinnen und Pfleger. Derweil musste sich in Schwyz die Spitaldirektion mit einem Corona-Hilferuf an die Bevölkerung wenden: Sie

Dieses Mal macht Corona auch vor den Jodlern nicht Halt.

könnten das «Spital nicht mehr stemmen», wenn es so explosiv weitergehe. Die zweite Coronawelle ist im Urschweizer Kanton erst die erste,

dafür aber ein richtiger Tsunami. Und der kommt vom Jodeln. Von den maskenfreien Aufführungen des Jodler-Musicals «Uf immer und ewig» etwa. Wo der Sepp Trütsch recht hat, hat er recht: «Die Schwyzer sind selber schuld», sagte der Volksmusikfreund im «Blick». «Sie benehmen sich, als gäbe es kein Morgen!» Es sei kaum auszuhalten.

NASENFREIHEIT. Die Positivitätsrate steigt – und die Corona-Massnahmen hinken hinterher. Eine Haurucköffnung und eine Schlendrian-Ewigkeit der Kantone später schneidet die Schweiz bei der Corona-Bekämpfung im europäischen Vergleich schlecht ab. Das haben wir vor allem den rechten Parteien und den Wirtschaftsverbänden zu verdanken. Das belegt unsere Corona-Analyse auf Seite 10. Das rechte Wahlvolk hat es auch nicht so mit der Maskentragpflicht. Das zeigen Umfragen. Die bürgerliche Freiheit beschränkt sich in Corona-Zeiten offenbar auf eine grenzenlose Nasenfreiheit.

Nur blöd, dass das Virus auch vor Covidioten nicht zurückschreckt. Den grossen Trump hat es mit der gleichen Gleichgültigkeit flachgelegt wie Jair Bolsonaro, den rechtsradikalen Präsidenten Brasiliens. Und auch der renitente Tennis-Superstar Novak Djokovic ging ihm ins Netz. Nicht, dass Trump & Co. an der Krankheit geistig gewachsen wären: «The Donald» geht auch weiterhin in der Menge baden. Oben ohne, versteht sich. Und weiterhin warnt auch Ueli Maurer vor einer «Corona-Hysterie». Just dann, wenn es von der Bundeshauskuppel her 5 nach 12 schlägt.

VIRENSCHEISSERCHEN. Die, die es wissen wollen, haben ihre Coronalektion längst gelernt: Niemand ist wirklich sicher vor Sars-CoV-2. Nicht einmal Armeeschef Thomas Süssli. Und nichts ist den winzigen und zähen Virenscheisserchen heilig, nicht mal die päpstliche Schweizergarde in Rom. Drum liebe Leserinnen und Leser: immer brav die Maske auf und über die Nase ziehen! Hände regelmässig waschen! Und auf Distanz gehen, auch zu den Covidioten.



NICHT MIT UNS! Rund 300 GE-Mitarbeitende protestierten gegen die Streichung von fast 600 Stellen in Oberentfelden AG. FOTO: UNIA

Protest bei General Electric:

Die Belegschaft macht Dampf!

Der US-Konzern General Electric will im Aargau Hunderte Mitarbeitende schassen. Zuvor hatte er sie monatelang an der Nase herumgeführt. Jetzt rührt sich Widerstand.

PATRICIA D'INCAU

Sie sind mächtig hässig. «Stop it!», «Aufhören!», verlangten Mitte Oktober rund 300 Mitarbeitende von General Electric (GE) an einer Protestaktion im aargauischen Oberentfelden. Mit Gelbwesten, Schutzmasken. Und Nerven, die blank liegen, nachdem das Management den nächsten Kahlschlag angekündigt hat.

562 Stellen sollen dieses Mal verschwinden. Der ganze Standort in Oberentfelden geschlossen werden. Die Nachricht kam Mitte September, völlig unerwartet.

Der Bundesrat hat es verpasst, verbindliche Zusagen von GE zu verlangen.

Denn noch im Juli hatte das GE-Management den Mitarbeitenden mitgeteilt, dass sie von Oberentfelden nach Birr AG umziehen würden. Einer der Top-3-Standorte der weltweiten GE-Energiesparte werde dort entstehen. Von Entlassungen keine Rede. Und jetzt soll plötzlich alles aus sein.

MIESER VERWIRRSPIEL

Es ist ein schäbiges Spiel. Mit Mitarbeitenden, die ohnehin schon im Dauerkrisenmodus sind. Kaum ein halbes Jahr vergeht bei GE mehr ohne Ankündigungen von Massentlassungen und Standort-schliessungen. Seit der US-Gigant 2015 die aargauischen Industriewerke von der französischen Alstom übernommen hat, stehen die Zeichen auf Abbruch. Von einst 5300 Stellen könnten bald weniger als 2300 übrig sein.

Schuld daran ist auch der Bundesrat: Der verpasste es, beim Alstom-Deal von GE verbindliche Zusagen zu verlangen. Genau das hatte die Unia seinerzeit aber gefordert. Im Sinne einer wirksamen Industriepolitik, die Produktion und Arbeitsplätze in der Schweiz sichert.

Doch der damalige Wirtschaftsminister Jo-

hann Schneider-Ammann (FDP) tat: nichts. Für die erste Abbaurunde 2016, in der GE in der Schweiz 900 Stellen strich, zeigte er sogar noch «Verständnis». Erst später jettete Schneider-Ammann dann doch noch in die USA, um in Atlanta mit den GE-Zuständigen zu reden. Mehr als Lippenbekenntnisse gab es aber nicht: 2018 strich GE im Aargau schon wieder rund 1200 Stellen.

230-MILLIONEN-BONUS

Immerhin: Beim aktuellen Kahlschlag schaut der Bundesrat nicht einfach zu. Wirtschaftsminister Guy Parmelin (SVP) hat interveniert, um die GE-Vertreter von ihren Plänen abzubringen. Die wiederum haben verlauten lassen, dass allenfalls 57 Stellen erhalten bleiben könnten. Viel zu wenig!

Der stellvertretende Unia-Industrie-Leiter Manuel Wyss stellt klar: «Wir verlangen von GE, komplett auf die Kündigungen zu verzichten.» Dafür hätten die Angestellten mit ihrer Protestaktion bereits ein starkes Zeichen gesetzt.

GE-Chef sackt jährlich bis zu 25 Millionen Dollar ein.

Gleichzeitig arbeiten sie an konkreten Vorschlägen, wie der Abbau verhindert werden könnte.

Gewerkschaft und Beschäftigte verlangen schon lange, dass GE endlich eine langfristige, nicht finanzgetriebene Strategie auf den Weg bringe. Doch alles, was für die GE-Spitze zählt, ist der Aktienkurs. Kein Wunder! Schliesslich wurde der aktuelle CEO Larry Culp bei seiner Anstellung mit dem Versprechen gelockt, wahnwitzige 230 Millionen Dollar einzustreichen, wenn er den Aktienwert steigern würde. Wegen Corona wurde der Zielwert jüngst halbiert. Culp's Chancen stehen also gut. Und: Bis es so weit ist, sackt er jährlich zwischen 20 und 25 Millionen Dollar an Gehalt, Boni und Vergütungen ein.

Coop erhöht die tiefen Löhne in Corona-Zeiten

Schluss mit Löhnen unter 4000 Franken

Bei Coop bekommen alle mit einem Lohn unter 4700 Franken eine Lohnerhöhung. Das freut Coop-Mitarbeiter Markus Beer: Er hat den Deal mitverhandelt.

CHRISTIAN EGG

«Endlich wieder eine generelle Lohnerhöhung», freut sich Markus Beer. Als Mitglied der Unia sowie des Vereins der Angestellten Coop (VdAC) hat er die Lohnrunde 2021 mitverhandelt. Und die kann sich sehen lassen: Im ganzen erhöht Coop die Lohnsumme um ein Prozent. Noch wichtiger ist

aber, wie diese Erhöhung verteilt wird:

- Alle Löhne unter 4700 Franken steigen um 40 Franken.
- Alle Mindestlöhne steigen um 100 Franken. Der tiefste Lohn bei Coop liegt jetzt bei 4000 Franken. Mit einer dreijährigen Lehre gibt es mindestens 4200 Franken. Immer inklusive 13. Monatslohn.
- Für die höheren Löhne gibt's individuelle Lohnerhöhungen.

Vor allem die ersten beiden Punkte seien der Arbeitnehmerseite wichtig gewesen, sagt Beer: «In den letzten Jahren hat Coop eine generelle Lohnerhöhung oft kategorisch abgelehnt.» In der Tat: Vor einem Jahr erhöhte Coop die Lohnsumme ebenfalls um ein



LOHNHERBST: Bei Coop gibt's endlich wieder mal eine Lohnerhöhung für (fast) alle. FOTO: KEYSTONE

Prozent. Aber nur ein Viertel davon war für langjährige Mitarbeitende mit tiefen Löhnen reserviert.

DREI RUNDEN. Doch dieses Jahr war es anders. Schon in der zweiten Verhandlungsrunde hätten sich die Sozialpartner (Unia, VdAC, Syna und Kaufmännischer Verband sowie Coop) angenähert,

sagt Beer. Coop-Chef Joos Sutter und dem Personalchef Luc Pillard sei bewusst gewesen, dass alle Mitarbeitenden in der Coronakrise einen Sondereffort leisteten: «Und wir haben bei ihnen den Willen gespürt, das auch mit mehr Lohn zu honorieren.» Nach drei Runden war der Deal unter Dach.

Beer ist gelernter Bäcker-Konditor und arbeitet als Leiter Fachbereich Bäckereien in der Coop-Zentrale in Schafisheim AG. Die Schwelle von 4700

Alle Mindestlöhne steigen um 100 Franken.

Franken für die generelle Lohnerhöhung sei richtig gewählt, sagt er. «So profitiert das Gros der Mitarbeitenden.»

Am 19. Oktober sagte die Unia-Fachgruppe Coop Ja zum Ergebnis. Mit einer Zweidrittelmehrheit. Eine Minderheit zeigte sich enttäuscht, dass die generelle Lohnerhöhung nur 40 Franken beträgt. Ursprünglich hatte die Unia 100 Franken gefordert.

Die erste Frau in 1310 Verbandsjahren! Hanny Weissmüller wird oberste Lokführerin



SALUT! Hanny Weissmüller grüsst einen Kollegen. Kolleginnen sind im Führerstand immer noch eine Rarität. FOTO: SEVERIN NOWACKI

Der Verband des Lokomotivpersonals existiert seit 1889. Jetzt tritt erstmals eine Lokführerin an seine Spitze.

ANNE-SOPHIE ZBINDEN UND ASTRID TOMCZAK

Sie war 40 Jahre alt, als sie eines Morgens erwachte und wusste: «Ich muss ausprobieren, ob mein Kindheitstraum was taugt!» Und dann stellte Hanny Weissmüller mitten in ihrem Leben ihre Weichen neu. Sie wurde Lokführerin. Und jetzt wird die unternehmungslustige Frau auch noch die erste Frau an der Spitze des Lokomotivpersonalverbandes in der Gewerkschaft SEV.

Schweizweit gibt es nur 4 Prozent Lokführerinnen. Weissmüller war die einzige Frau in ihrem Ausbildungsgang. Schon als Mädchen träumte sie davon, Lokführerin zu werden: Ihr Grossvater arbeitete beim Elektrotechnikkonzern Brown, Boveri & Cie. in Baden AG und wohnte direkt neben den Bahngleisen. Ihr Vater war Ingenieur für Lokomotiven. Er riet seiner Tochter jedoch davon ab, ihr Glück auf der Schiene zu suchen: Das sei nichts für eine Frau. Für manche Männer ist ihre Berufswahl gar ein Affront: Während der Ausbildung sagte ihr ein jüngerer Kollege, Frauen gehörten nicht in den Führerstand. Und da war jener Fahrgast, der an ihre Scheibe klopfte und sagte: «Sie sind eine Frau, mit Ihnen fahre ich nicht mit!» Doch Weissmüller reagiert auf solche Bemerkungen mit Gelassenheit.

STAR WARS IM FÜHRERSTAND

Wenn die Sonne über dem Genfersee untergeht und sie von ihrem Logenplatz in der Loki das Wasser und die Weinberge vorbeiziehen sieht, denk Weissmüller jeweils: «Es ist noch schöner, als ich dachte!» Dabei ist sie alles andere als

eine Schwärmerin. Sie spricht Klartext, wenn es um die Arbeitsbedingungen geht. «Die Hygiene für uns Frauen ist ungenügend», sagt sie. Deshalb setzt sie sich jetzt als oberste Lokführerin für geschlechtergetrennte Toiletten und Schlafräume ein. Hanny Weissmüller kritisiert aber auch die Löhne (zu tief), dass die Einsätze nicht planbar seien und Ferien nicht bezogen sowie Überzeit nicht kompensiert werden könnten. Ein schlechtes Zeugnis stellt sie auch dem Ex-SBB-Chef Andreas Meyer aus: «Unter ihm ging es in den letzten Jahren mit den Arbeitsbedingungen laufend bergab. Meyer schien vergessen zu haben, dass wir einen sicherheitsrelevanten Beruf ausüben.» Und er habe falsch geplant: «Meyer war der Meinung, dass ab 2025 die Loks autonom fahren würden, und deshalb wurde die Ausbildung von neuen Lokführerinnen und -führern vernachlässigt.» Dabei wären solche bitter nötig.

In den nächsten 10 Jahren brauchen die SBB 10 000 neue Mitarbeitende. Ein Schritt zur Behebung des Lokführenden-Mangels könnte für Weissmüller die Umschulung von Swiss-Piloten sein, die von der Coronakrise betroffen sind. «Mich hat mal ein Pilot begleitet», erzählt sie. «Er hat gesagt, das sei viel anspruchsvoller, als ein Flugzeug zu fliegen.» Bei einem Flug ist der Pilot vor allem beim Start und bei der Landung gefordert. Eine Fahrt mit der Lokomotive erfordert jedoch jederzeit vollste Konzentration bei jedem Wetter: Ob Regen oder Schnee, der Zug fährt das ganze Jahr über gleich schnell – im Mittelland mit Spitzengeschwindigkeiten von bis zu 200 Kilometern pro Stunde. Weissmüller lacht und sagt: «Wenn im Winter die Schneeflocken auf dich zurasen, hat das einen Star-Wars-Effekt.»

DUCROT HÖRT ZU

Viel wichtiger als die Umschulung der Piloten sei es, den Beruf attraktiver zu machen, gerade für Frauen. Deshalb for-

dert die oberste Lokführerin: «Für ältere Berufsleute und für solche mit Familien und Kleinkindern braucht es eine Anpassung des Tourenplanes, so dass diese nicht mehr zwischen Mitternacht und 5 Uhr morgens fahren müssen.» Pikant: In der Zeit vor CEO Meyer habe es solche Regelungen für ältere Mitarbeitende gegeben. Zudem brauche es signifikante

«Sie sind eine Frau, mit Ihnen fahre ich nicht mit!»

EIN FAHRGAST

Lohnerhöhungen und Anpassungen der Toiletten und Pausenräume.

Diese drei Forderungen konnte Weissmüller persönlich beim neuen SBB-Chef Vincent Ducrot deponieren: «Dass uns Ducrot angehört hat, ist schon ein riesiger Fortschritt!» sagt sie. Unter Meyer habe es eine Betonplatte zwischen Management und Basis gegeben. Nicht erstaunlich drum, dass im Dezember 2019 rund 100 Mitarbeitende vor dem SBB-Hauptgebäude im Berner Wankdorf protestiert haben. Ihre Forderung an damals Noch-CEO Meyer: «Hör uns endlich zu!» Das zumindest macht Ducrot.

SBB, Post & Co.: Wo sind die Frauen?

Wenn ein börsenkotiertes Unternehmen mehr als 250 Mitarbeitende hat, müssen bis 2026 mindestens 30 Prozent Frauen im Verwaltungsrat sitzen. Dies hat das Parlament im Sommer beschlossen. Doch ausgerechnet die grössten vom Bund kontrollierten Firmen sind mit der Umsetzung in Verzug, schreibt die «Sonntagszeitung». Bei den SBB sitzt heute keine einzige

Frau in der Geschäftsleitung. Immerhin: Im Verwaltungsrat sind 30 Prozent Frauen.

ZU VIELE MÄNNER. Die Post hingegen erfüllt weder im Verwaltungsrat noch in der Geschäftsleitung die Richtwerte. Im Verwaltungsrat sitzen nur 20 Prozent Frauen, in der Geschäftsleitung bloss 10 Prozent. Bei der SRG sitzt in der Geschäftsleitung nur

eine Frau, im neunköpfigen Verwaltungsrat immerhin drei Frauen. Dass es auch anders geht, zeigt Skyguide. Das Flugsicherungsunternehmen im Besitz des Bundes erfüllt die Richtwerte für die Privatwirtschaft bereits jetzt. Zwei von neun Geschäftsleitungsmitgliedern sind Frauen. Und im Verwaltungsrat sitzen fast zur Hälfte Frauen. (asz)



HANNY WEISSMÜLLER MIT 40 AB IN DEN FÜHRERSTAND

Hanny Weissmüller (47) ist in Villnachern bei Brugg AG aufgewachsen, in einer «typischen SVP-Hochburg», wie sie sagt. Allerdings war die Nachbarschaft international geprägt, es gab Holländer, Französinen, Schweden – und eine Brasilianerin: Hanny Weissmüllers Mutter. Heute lebt Hanny Weissmüller in Haute-Nendaz VS. Ihre berufliche Karriere ist vielfältig: Verwaltungslehre, Programmiererin, Erwachsenenbildnerin, Mediatorin – und mit 40 dann die Ausbildung zur Lokomotivführerin. In ihrer Freizeit erkundet sie gerne mit ihrem Partner die Walliser Bergwelt. Sie hat drei Söhne und eine Tochter zwischen 8 und 22 Jahren. Auch in den Ferien ist sie am liebsten mit der Bahn unterwegs. Sie träumt von einer Reise mit der Transsibirischen Eisenbahn. (asz)

Domino's Pizza zahlt «Risiko-prämie»

GENÈ. 1250 Franken pro Person plus 125 Franken pro Dienstjahr: Diese Summe haben fünfzehn Ex-Mitarbeitende der Fast-food-Kette Domino's Pizza als Entschädigung abgerungen. Sie waren im Juni entlassen worden, obwohl sie während des Lockdowns die Stellung gehalten hatten. Ohne genügend Schutzausrüstung und ohne genügend Sicherheitsabstand, wie die Unia Genè schreibt. Die Gewerkschaft forderte deshalb eine nachträgliche Corona-Risikoprämie. Mit Erfolg: Die Pizza-Kette zahlt. Allerdings keine «Risikoprämie», wie sie sagt, sondern eine «Abfindung». Um nicht einzugestehen, dass sie die Belegschaft ungenügend geschützt wurde.

Coca-Cola streicht 120 Stellen

BRÜTTISELLEN ZH. Rund 650 Angestellte an zwei Produktionsstandorten beschneidet Coca-Cola heute in der Schweiz. Bald werden es weniger: Der US-Getränkemulti will 120 Stellen streichen. Davon einen Teil am Hauptsitz in Brüttsellen. Grund sei die Corona-Krise. Lorenz Keller von der Unia Zürich-Schaffhausen sagt, dass die Pandemie nur vorgeschoben werde, um die Produktion ins günstigere Ausland zu verlagern. Pikant: Coca-Cola hat in der Schweiz jüngst noch von staatlicher Hilfe profitiert und Kurzarbeitsentschädigung erhalten.

Heim suspendiert Horror-Chefin

OLTEN. «Null Respekt vor den Pflegerinnen, zu wenig Essen für die Bewohnerinnen, Matratzen voller Urin»: So berichtete work im Juni 2017 über das Oltner Pflegeheim Weingarten. Und deckte damit die miserablen Zustände auf, die unter Chefin Verena Hert herrschten. Die Behörden liessen das Heim darauf



überprüfen. Doch weiter pasierte nichts. Jetzt, rund drei Jahre später, wird die Heimleiterin endlich freigestellt. Mit sofortiger Wirkung. Denn jetzt hatte sich Hert auch mit ihren Vorgesetzten angelegt.

Gegen «Anti-Terrorgesetz»

BERN. Ohne richterliche Anordnung und einzig auf Vermutungen hin soll die Polizei künftig gegen vermeintliche «terroristische Gefährder» vorgehen können. Etwa mit Hausarrest, Kontakt- und Ausreiseverboten oder Fussfesseln. Angewendet werden dürfen die meisten dieser «Massnahmen» schon gegen Kinder ab 12 Jahren. So hat es das Parlament in der Herbstsession entschieden. Um diesen «Willkür-Paragrafen» zu verhindern, haben mehrere Jungparteien jetzt das Referendum lanciert. Die Unterschriftensammlung läuft: rebrand.ly/willkuer-gesetz

12-Tages-Streik zwingt französischen Elektrokonzern an Verhandlungstisch

«Wir kämpfen bis ans bittere Ende»

Die Kondensatorenfabrik Leclanché Capacitors Sàrl aus Yverdon soll schliessen. Trotz vollen Auftragsbüchern und Staatshilfen.

JONAS KOMPOSCH

Es sei «der härteste Konflikt», den die Stadt in letzter Zeit gesehen habe. So lautet die Zwischenbilanz der Zeitung «La Région» aus Yverdon VD zum Arbeitskampf bei Leclanché Capacitors. In der Kondensatorenfabrik traten am 30. September 12 von 17 Mitarbeitenden in einen unbefristeten Streik. Um endlich echte Verhandlungen über die angekündigte Werkschliessung zu erreichen. Für dieses Etappenziel mussten die Streikenden zweieinhalb Wochen durchhalten. Am 16. Oktober war es endlich so weit. Unter Aufsicht des kantonalen Einigungsamtes begannen Verhandlungen. Mit welchem Resultat, war bei Redaktionsschluss noch offen. Und damit auch, ob die Búezerinnen und Búezer eine zweite Streikphase einläuten werden. Möglich wäre es. So sagte ein Streikender zur welschen Unia-Zeitung «L'Événement syndical»: «Wir kämpfen bis ans bittere Ende, denn verlieren können wir nichts mehr.»

VORSCHLÄGE «WEGGEFEGT»

Tatsächlich soll Leclanché Capacitors – nicht zu verwechseln mit dem grösseren Batterienhersteller Leclanché SA – nach 101 erfolgreichen Jahren geschlossen und die Produktion nach Norddeutschland verlagert wer-

den. Das will der börsennotierte französische Elektrokonzern Mersen. Er hatte das Traditionsunternehmen erst 2018 aufgekauft. Umso überraschender kam der Schliessungsentscheid. Zumal die Auftragsbücher für das nächste Quartal laut Belegschaft voll sind. Und weil die Firma über Monate von Kurzarbeit profitierte. Und zudem vom Kanton 100 000 Franken erhalten hatte – ausgerechnet aus einem Industriefonds zur Sicherung von Arbeitsplätzen! Nun aber foutiert sich Mersen um all das. Ersatzstellen könne man allenfalls in Frankreich oder Deutschland anbieten, liess der Konzern verlauten. Kommt nicht in Frage, sagen die Betroffenen. Weshalb sie gemeinsam mit der Unia Pläne zur

Die Arbeiterinnen und Arbeiter fanden gar einen Käufer für die Fabrik. Doch der Konzern klemmt.

Standortrettung vorlegten. Und sogar einen potentiellen Fabrikkäufer fanden. Doch davon wollte Mersen bisher nichts wissen. Dazu Gewerkschafterin Nicole Vassalli: «Kaum gelesen, wurden unsere Vorschläge einfach weggefeigt.» Und ein Streikender sagte: «Wir haben der Direktion gezeigt, dass wir sehr gut ohne Mersen weiterfahren könnten und sogar einen Käufer hätten. Doch sie wollen das aus Prinzip nicht. Im Namen des Profits und des Kapitalismus wollen sie uns opfern.»

LIQUIDATOR GEGEN DIREKTOR

Bei solchen Spielchen wollte Leclanché-Direktor Stephen Fugate übrigens



NICHTS ZU VERLIEREN: Die Beschäftigten mussten zweieinhalb Wochen streiken bis zum ersten Etappenziel. Endlich sind die Verantwortlichen zu echten Verhandlungen bereit. Das kantonale Einigungsamt beaufsichtigt die Gespräche. FOTO: UNIA

nicht mitmachen. Mersen ersetzte ihn deshalb kurzerhand durch den berüchtigten Firmenliquidator Laurent Dousselin. Der Experte für sogenannte Restrukturierungen hat schon einige Konflikte ausgefochten. Teils mit unangenehmen Konsequenzen. So 2010, als er bei Lyon ein Stahlwerk schliessen sollte, die Búezer sich aber nicht nur mit Streik wehrten, sondern auch mit «Bossnapping»: Dousselin und drei weitere Manager wurden im bestreikten Werk kurzerhand eingesperrt und kamen erst

nach 36 Stunden Fabrikluft wieder frei.

GSCHÄMIGE ANGEBOTE

So weit werden die Waadtländer wohl kaum gehen. Arbeiter Bernard Laclan* erklärt: «Auch wenn Mersen von Beginn weg sehr aggressiv auftrat und uns allen mit der fristlosen Entlassung drohte, bleiben wir friedlich.» Sein Kollege Boris Morat* ergänzt: «Auf keinen Fall lassen wir uns einfach abservieren, wir geben nicht auf und kämpfen für unsere

Arbeitsplätze.» Und wenn das nicht funktioniere, dann solle Mersen wenigstens einen anständigen Sozialplan bezahlen. Denn das, was der Konzern bisher offerierte, ist schlicht gschämig: Viele würden mitten in der Coronakrise mit bloss zwei Monatslöhnen abgespeist. Ein Arbeiter mit fünf. Er ist 56 Jahre alt und arbeitet seit 31 Jahren für Leclanché.

* Namen geändert

rosazukunft Technik, Umwelt, Politik



Wettlauf um Stromtankstellen: Liquidiert dieses Männerstübli (minus Meyer) demnächst SBB Cargo?

Der Wettlauf um die besten Stromladestationen für Lastwagen kommt in die Gänge. Die SBB hätten mit ihrer Tochter SBB Cargo beste Chancen in diesem Bombengeschäft. Aber das Kommando dort haben die privaten Transporteure übernommen. Und die wollen die SBB im inländischen Güterverkehr faktisch liquidieren.

Die Elektroautos werden sich durchsetzen. Wie sieht es bei den Lastwagen aus? Bisher gingen viele davon aus, dass Elektrobrummer gegen 40-Tonnen-Wasserstoff-Laster keine Chance hätten. Weil das Laden einfach viel zu lange dauern würde. Und die Batterien zu schwer und zu teuer seien.

Jetzt bringt das Unternehmen Bruggcables aus Brugg AG eine sensationelle Ladestation samt Ladekabel auf den Markt. Das doppelwandige Kabel wird mit wenig Aufwand und Wasser gekühlt. Es kann mit 850 Ampère pro Stunde 850 Kilowattstunden Strom in die Batterien blasen. Vor kurzem alles noch undenkbar.

Ein 40-Tonnen-Semi-Truck von Tesla braucht pro Kilometer rund 1,15 Kilowattstunden Strom. Nach einem schnellen Mittagessen des Chauffeurs oder der Chauffeuse sind die Batterien – dank dem eiskalten Strom aus Brugg – künftig also wieder

vollgeladen. Für die nächsten 800 Kilometer.

Geld verdienen werden unter anderen all jene, die in der Nähe der Autobahn ein Kraftwerk betreiben. Wenn dieses während möglichst vieler Stunden des Jahres direkt den Strom produziert, den die Elektrolaster tanken. Der Wettlauf um die besten Standorte wird in den nächsten Monaten in die Gänge kommen. Ausser die SBB machen alle futsch und fertig.

PAPA PLANZER. Die Industrialisierung der Schweiz begann in den Randregionen. Warum? Weil es dort Wasserkraft gab und man den Strom damals noch nicht zu vernünftigen Preisen über mittlere und längere Distanzen transportieren konnte.

Der Transporteur Planzer senior war in den 1990er Jahren der erste, der begriffen hatte, dass eine hohe Schwerverkehrsabgabe (LSVA), kombiniert mit einer Erhöhung der 28-Tonnen-Limite, ein Standortvorteil für die Schweizer Fuhrunternehmer sein würde. Gewinnen würden jene, die möglichst viele Waren mit dem gleichen Lastwagen transportierten. Papa Planzer bekam recht.

Planzer junior sitzt neu im Verwaltungsrat der SBB Cargo. Fuhrunter-



FUHRUNTERNEHMER-VEREIN: Hans-Jörg Bertschi, Exekutiver Verwaltungsratspräsident Bertschi AG; Josef Jäger, Direktor Camion Transport AG; Andreas Meyer, Ex-CEO SBB; Christoph Hammer, CFO SBB AG; Rolf Galliker, Präsident des Verwaltungsrates Galliker Holding AG; Nils Planzer, CEO Planzer Holding AG (von links). FOTO: SBB CARGO

nehmer wie Planzers, Bärtschis & Co. kontrollieren inzwischen 45 Prozent der Aktien von SBB Cargo. Sie diktieren den Kurs dieser Tochtergesellschaft, die mehrheitlich noch immer den SBB gehört. Die Fuhrhalter wollen die SBB im inländischen Güterverkehr faktisch liquidieren. Deshalb erhöhen sie die Preise.

KRALLEN. Das Gegenteil wäre richtiger. Die SBB verfügen über eigene Wasser-

kraftwerke. Und über ein eigenes, leistungsfähiges und erst noch flächendeckendes Stromnetz. Überall in der Schweiz könnte SBB Cargo Ladestationen an ihren Standorten installieren. Dazu kommt: Logistik-Software wird immer besser und billiger.

Vielleicht werden stattdessen die Planzers, Bärtschis & Co. begreifen, welches Potential das Stromnetz der SBB hat. Und sich auch noch diese Idee unter die Fingernägel krallen.

LINKS ZUM THEMA:

- rebrand.ly/erwachen
Noch haben die SBB mit 65 Prozent der Aktien die Mehrheit an SBB Cargo. Aber das Kommando haben die selbstbewussten privaten Transporteure übernommen. Der SBB-Verwaltungsrat Fabio Pedrina oder der Präsident der Alpeninitiative Jon Pult müssten erwachen.
- rebrand.ly/toechter
Der Logistikkonzern Schenker gehört zu seinen Lastwagen der Deutschen Bahn. Er macht pro Jahr 20 Milliarden Franken Umsatz. Jetzt will die Cargo-Tochter der Deutschen Bahn zusammen mit ihrer Tochter Schenker zu einem Logistikanbieter werden. Der richtige Ansatz. Ob sie es gemeinsam schaffen, ist spannend und offen zugleich.
- rebrand.ly/stromtankstellen
Die SBB verkaufen den Bahnstrom für nur 11 Rappen pro Kilowattstunde weiter. Und machen damit pro Jahr noch 50 Millionen Franken Gewinn. Mit Stromtankstellen für Lastwagen liegt das nächste Bombengeschäft auf der Strasse. Pro 100 Kilometer würde der SBB-Strom nur 13 Fränkli kosten.
- rebrand.ly/kuehle-kabel
Wir Schweizerinnen und Schweizer sind gut. Wassergekühlte Kabel aus Brugg.

Sie finden alle Links direkt zum Anklicken auf der work-Website unter der Rubrik «rosazukunft»: www.workzeitung.ch



UNFASSBAR: So erbärmlich müssen die Beiner-Landarbeiter chrapfen und hausen. Im Foto unten rechts liegt Petar Nikolic nach seinem Bandscheibenvorfall im Spital. Die Fotos sind Handyaufnahmen der Búezer. FOTOS: ZVG

Nach work-Enthüllung: Kanton alarmiert, Denner reagiert

Bündner Beerenskandal schlägt hohe Wellen

Trotz erdrückender Beweislast bestreitet die Beiner + Berther AG die brutale Ausbeutung ihrer Erntearbeitenden. Doch für den Bündner Beerengiganten wird die Luft immer dünner.

JONAS KOMPOSCH

Die Beiner+Berther AG aus Landquart GR ist die grösste Himbeerenproduzentin der Schweiz. Sie beliefert auch Detailhändler wie Coop und Migros. Und sie versteht sich als Vorzeigefirma. In Wirklichkeit herrscht auf den Beinerfeldern ein Klima der Angst. Saisonale Erntearbeiterinnen und -arbeiter werden bedroht und sogar geschlagen. Ausserdem mit illegalen Lohnabzügen über den Tisch gezogen und in engste Matratzenlager einquartiert – dies sogar in Corona-Zeiten. Das deckte work in der letzten Ausgabe und online auf (rebrand.ly/blutigebeeren). Und stellte auch Handy-Aufnahmen der Arbeiter aufs Netz. Mit Erfolg: Schon am nächsten Tag demonstrierten ehemalige Beernpflücker zusammen mit der Unia vor dem Betrieb. Das brachte Beiner-Geschäftsführer Daniel Perret auf die Palme. Mehrmals jammerte er bei der ebenfalls anwesenden Kantonspolizei,

die sich aber nicht beirren liess. Perrets Nervosität kam schliesslich nicht von ungefähr. Neben der Gewerkschaft kam ihm auch die SRF-Sendung «Schweiz aktuell» auf die Schliche, und tags darauf berichtete auch noch TV Südostschweiz. Doch das Licht der Öffentlichkeit scheut der hauptberufliche Anwalt wie der Teufel das Weihwasser.

HOBI HÖBELET

Bis heute hat Perret noch keinen Ton von sich gegeben. Dafür liess er den teuren «Experten für Krisenmanagement und Krisenkommunikation» Thomas Hobi auftreten. Was dieser aber in die Kamera des Lokalfernsehens sagte, ist an Dreistigkeit kaum zu überbieten: «Wir haben von den Vorwürfen gehört und sind sehr überrascht», behauptete Hobi, der noch vor wenigen Tagen nichts mit dem Beeren-Business zu schaffen hatte, wie eine firmeninterne Quelle bestätigt. Trotzdem meinte der PR-Mann, ohne mit der Wimper zu zucken: «Die Vorwürfe stimmen natürlich nicht.»

Ganz anders der Tenor bei den Geprellten. Von ihnen erhielt work über fünfzig Rückmeldungen. Sie bestätigten die Enthüllungen und weisen auf noch mehr Sauereien hin. Die Kroatian Jelena Novak* (27) etwa, die in der Früchtesortierung chrapfte, schrieb work: «Ich war krank, und mein Rücken schmerzte, trotzdem musste ich 15 Stunden arbeiten. Als ich endlich krank

geschrieben wurde, hat man mir 4 Tageslöhne abgezogen. Dann hätte ich zur Kontrolle zum Arzt müssen, doch der Vorarbeiter hat es mir verboten und schickte mich aufs Feld. Er schrie, falls mir das nicht passe, könne ich gleich meine Sachen packen.» Oder der Portugiese Tiago Branco (26): «Der Aufseher wollte meinen 19jährigen Kollegen

«Es gibt keinerlei rechtliche Grundlage für diesen Mehrabzug.»

PHILIP THOMAS, UNIA-CHEFJURIST

schlagen, aber ich ging dazwischen. Das rächte sich, als ich später mit 40 Grad Fieber flachlag. Der Aufseher liess mich nicht zum Arzt gehen und schnauzte mich an, ich solle sofort aufs Feld.»

KOMMEN JETZT STRAFANZEIGEN?

Solche Meldungen erreichten auch die Churer Unia-Frau Maja Jurić erneut. Sie sagt: «Mittlerweile habe ich Beweise und Aussagen von über 30 Arbeiterinnen und Arbeitern.» Und die haben durchaus Chancen, zu ihrem Recht und Geld zu kommen. Zum Beispiel, weil ihnen die Beerenfirma Monat für Monat um bis zu 100 Franken überhöhte Krankenkassenbeiträge vom Lohn abzieht. Krisenberater Hobi begründet dies so: In diesem Beitrag seien neben der Krankenkassenprämie auch Kosten für Selbstbehalt, Transport oder Übersetzung einberechnet. Darüber kann Jurist Philip Thomas nur den Kopf schütteln. Der Chef des Unia-Rechtsdienstes stellt klar: «Es gibt keinerlei rechtliche Grundlage für einen solchen Mehrabzug. Arbeitnehmende können ihn selbstverständlich zurückverlangen.» Ausserdem beteuert der ehemalige Beiner-Mechaniker Nikola Jović (26): «Immer bin ich auf eigene Kosten zum Arzt gefahren, und nie hatte ich einen Übersetzer!»

Wegen der Schwere der Abzockerei traf sich Unia-Regioleiterin Anke Gähme schon am Montag nach dem work-Bericht mit dem Bündner Amt für Industrie, Gewerbe und Arbeit (KIGA) zur Kri-

Coop, Migros, Denner: Sofortmassnahmen!

Der work-Bericht bescherte Beiner-Chef Daniel Perret einigen Besuch. Etwa vom Schweizerischen Obstverband (SOV). Eine Delegation habe sich beim langjährigen Verbandsmitglied «umgehend vor Ort ein Bild der Lage verschafft». Das teilt Sprecher Christian Schönbächler auf Anfrage mit. Man will aber «keine juristisch relevanten Hinweise auf Missstände» gesehen haben.

LIEFERSTOPP

Anders das Echo der Detailhändler. Beiner-Kunde Coop schreibt: «Wir tolerieren solche Arbeitsbedingungen nicht, denn sie stehen nicht im Einklang mit unserer strengen Richtlinie für nachhaltige Beschaffung.» Aktiv wurde auch die Migros: «Wir klären derzeit im Detail ab, inwiefern diese Vorwürfe zutreffen und was dahintersteckt. Von Beiner+Berther AG werden wir eine detaillierte Stellungnahme verlangen.» Klartext gibt's zudem von Denner: Man unterhalte keine direkte Geschäftsbeziehung mit Beiner. Beeren beziehe man aber über einen Lieferanten, der nicht ausschliessen könne, dass via Zulieferer auch einmal Beiner-Beeren in der Lieferung waren. Deshalb reagierte Denner prompt: «Als Sofortmassnahme haben wir bei unserem Lieferanten veranlasst, sicherzustellen, dass bis zur Klärung der Vorwürfe keine Ware des besagten Produzenten mehr an Denner geliefert wird. Sollten sich die Vorwürfe bewahrheiten, werden wir daran festhalten.» (jok)

sensitzung. Das weitere Vorgehen wird der Kanton demnächst beschliessen, wie er mitteilt. Auch die tripartite Kontrollkommission flankierende Massnahmen wird sich mit dem Fall befassen. Und möglicherweise kommen auch Gerichte zum Zug. Verschiedene Beiner-Ehemalige überlegen sich nämlich, Strafanzeige zu erstatten. work bleibt dran.

* Name geändert



Die Briefträgerin & ein Arbeitstag

Am frühen Morgen las die Briefträgerin zum x-ten Mal auf dem Monitor im Bus, dass Koalas pro Tag zwanzig Stunden schlafen. Um Energie zu sparen. Weil sie sich fast ausschliesslich von Euka-



Bärtschi-Post

Katrin Bärtschi ist Briefträgerin in Bern und Gewerkschafterin.

lyptusblättern ernähren, die wenig Energie liefern, aber lange verdaut werden müssen. Zum x-ten Mal freute sich die Briefträgerin über diese Information, war gerührt und dachte: «Die Eukalyptusbäume würde es nicht freuen, doch wenn die Menschen wären wie diese drohigen Koalas, die Welt wäre ein gemütlicherer Ort.» Im Stollen angekommen, sah sie, dass wenig «Ware» zu verarbeiten war, weshalb eine ausgelassene Stimmung herrschte. Die Zustellerinnen und Zusteller schwärmten zeitig aus.

PYJAMA. Herr Hünerwadel erhielt ein Kleinpaket vom Spezialitätenmetzger. Der Professor nahm wieder im klassischen Pyjama seine Sendungen entgegen. Und wieder dachte die Briefträgerin an einen Hörsaal und dass die Studierenden den Dozenten nie so sahen

«Wenn die Menschen wären wie Koalas, wäre die Welt ein gemütlicherer Ort.»

wie sie. Die Nervenärztin erhielt einen Brief von work. Der alte Brunnen unter den dunklen Linden plätscherte und strömte wie in einer andern Zeit und einer andern Welt. Wo fliessen denn noch Brunnen, ausser in der touristischen Innenstadt?

EHRENSACHE. Der Briefkasten von Frau L. war noch immer überfüllt. Doch schwante der Briefträgerin nichts Schlimmes. Frau L. war vielleicht in den Ferien oder erwartete keine erfreuliche Post. In der Nummer 63 wohnt kein Herr T. Die Sortiermaschine in Härkingen hatte sich geirrt, was erstaunlich selten vorkommt. Herr T. wohnt in der 53. Einen Brief, von Hand adressiert und mit einer A-Post-Marke versehen, zu wenden und ihn an den richtigen Bestimmungsort zu bringen, ist Ehrensache!

Die Kastenanschriften der WG in der 34 sind besonders unleserlich. Die Briefträgerin klingelte, um einen Namen zu erfragen. Eine junge Männerstimme antwortete. «Danke für den Hinweis, wir erneuern die Namen», tönte es geschliffen. «Der wird sicher mal Politiker. Oder Bilderbuch-Vorgesetzter», dachte die Briefträgerin auf dem Rückweg. Im Bunker dann eine immer noch fröhliche Brigade. Es war ein guter Morgen. Es ist ein schöner Beruf.



BEI HUDELWETTER: Protestaktion in Landquart. FOTO: UNIA

Lohnleichheit in Europa Erst für 2104

Es ist ein ewiger Skandal: Die Lohnleichheit kommt nur im Schneckentempo voran. Wenn es so weitergeht, braucht es mindestens 80 Jahre, bis wir sie in der Schweiz erreichen. Der mächtige Frauenstreik vom letzten Jahr war die Antwort auf diese Verzögerungspolitik.

BIG BUSINESS BLOCKT. Auf europäischer Ebene ist es kaum besser. Im EU-Schnitt liegen die Frauenlöhne um 15 Prozent tiefer



Andreas Rieger war Co-Präsident der Unia. Er ist in der europäischen Gewerkschaftsbewegung aktiv.

als jene der Männer. In Ländern wie Deutschland und Österreich sind es gar gegen 20 Prozent. Das möchte die Europäische Union seit längerem ändern. Vor sechs Jahren gab sie eine Empfehlung zur Lohngleichstellung heraus. Allerdings eine ohne Biss: nicht einmal die Hälfte der Mitgliedsländer haben sie bisher übernommen. Die neue EU-Kommissionspräsidentin Ursula

Jetzt geborene Babies dürften Lohnleichheit in der EU knapp erleben.

von der Leyen versprach deshalb in ihrem Regierungsprogramm eine verbindliche EU-Richtlinie. Ein Gesetzesvorschlag sollte bereits 2020 auf den Tisch kommen. Aber inzwischen wurde das Geschäft auf der Prioritätenliste bereits runtergestuft. Offensichtlich haben die Arbeitgeberverbände blockiert. Jedenfalls kommentiert Esther Lynch, stellvertretende Generalsekretärin des Europäischen Gewerkschaftsbunds (EGB), die Sache so: «Big Business findet, es gehe ja schön vorwärts, und die Lohnunterschiede sollten mit freiwilligen Massnahmen reduziert werden.»

VON DER LEYENS VERSPRECHEN. Jetzt schlagen die europäischen Gewerkschaften Alarm. Sie haben ausgerechnet, was passiert, wenn in Sachen Lohnleichstellung so wenig passiert wie in den letzten acht Jahren. Im EU-Schnitt dürften jetzt frisch geborene Babies dies gerade noch erleben – nämlich im Jahr 2104. In Deutschland würde es gar hundert Jahre gehen – bis 2121! In neun Ländern, insbesondere in Osteuropa, kroch die Lohnleichheitsschnecke in den letzten Jahren sogar rückwärts. Nicht mal die Neugeborenen haben dort eine Chance. Dabei ginge es auch anders. So wie in Luxemburg und Belgien: Dort kommt die Lohnleichheit 2027 und 2028, wenn's weiterhin läuft wie bisher. Kein Wunder, ist bei den Gewerkschafterinnen jetzt aus mit der Geduld: Sie verlangen «Lohngerechtigkeit jetzt!». Oder wie es EGB-Frau Lynch sagt: «In der Covid-Krise kam klar an den Tag, wie sehr unsere Löhne unterbewertet sind. Ursula von der Leyen hat Hoffnungen geweckt und muss ihr Versprechen nun halten!»

UNIA online



Applaus ist gut, Handeln ist besser

Frauen sind von der Krise besonders betroffen, viele arbeiten in essentiellen Berufen. Trotz ihrer wichtigen Arbeit haben sie tiefe Löhne und prekäre Arbeitsbedingungen. Am 31. Oktober findet ein Aktionstag statt. Mach mit! Infos und Anmeldung: www.unia.ch/aktionstag

Corona-Parteitag wählt Co-Präsidium der Sozialdemokraten Gewerkschaftsnähe ist Ehrensache

Mattea Meyer (32) und Cédric Wermuth (34) präsidieren neu die SP. Die Partei feiert drei Premieren.

CLEMENS STUDER

Zum Schluss gab's noch ein bisschen Aufregung: nicht wegen des Kandidierenden-Duos. Denn an der Wahl von Mattea Meyer und Cédric Wermuth bestand kein Zweifel. Das rechte – tendenziell gewerkschaftsferne – Flügelchen der Sozialdemokratie brachte keine Kandidatur zustande. Aufregung gab's wegen der Corona-Pandemie. Am Donnerstag vor dem samstäglichen Parteitag mussten die SP-Verantwortlichen ihn von der Basler Messe ins Internet verlegen. Nicht alle Delegierten hätten unter den wieder verschärften Corona-Rahmenbedingungen nach Basel reisen können.

LÖHNE ENTLASTEN

Der SP-Parteitag vom 17. Oktober geht denn auch gleich mit drei Premieren in die 132-jährige Geschichte der Schweizer Sozialdemokratie ein: Noch nie war ihre Spitze so jung und noch nie ein Co-Präsidium. Und noch nie wurde sie im digitalen Raum gewählt. Trotzdem sind die Ergebnisse der Wahl ganz analog und werden reale Auswirkungen auf die Schweizer Politik haben. Meyer und Wermuth folgten auf den Gewerkschafter Christian Levrat, der 12 Jahre an der Spitze der SP stand. Levrat hielt seine Abschiedsrede neben dem Pult von Landesstreikführer Robert Grimm. «Ich stelle mir gerne vor, wie Grimm darauf die Forderungen für den Generalstreik geschrieben hat», sagte er. Und strich hervor, wie zentral die enge Verbindung der SP mit den Gewerkschaften sei.

Mit Mattea Meyer und Cédric Wermuth folgen Christian Levrat zwei Leute an der SP Spitze, die den Gewerkschaften ebenfalls nahe stehen. Und für eine ökosozialfeministische Wende für die Schweiz einstehen. Meyer und Wermuth sind für Mindestlöhne, für Lohn- und Arbeitnehmendenschutz und für eine 13. AHV-Rente.



SPITZEN-DUO: Die SP-Delegierten wählten mit grosser Mehrheit Mattea Meyer und Cédric Wermuth. FOTO: KEYSTONE

Alles zentrale Themen der Gewerkschaften. Sie wollen Löhne und Renten steuerlich entlasten und dafür das Kapital höher besteuern. Bereits als beide an der Juso-Spitze standen, machten sie die Lohnschere zu einem wichtigen Thema ihrer politischen Arbeit. Die 1:12-Initiative (der höchste Lohn in einem Unternehmen sollte nicht mehr als zwölfmal höher sein als der tiefste) wurde zwar in der Volksabstimmung abgelehnt, brachte das Thema der Einkommensungleichheit aber breit in die öffentliche Debatte.

STRASSE NICHT VERGESSEN

Auch zur Klimapolitik hat das neue SP-Führungsduo deutliche Vorstellungen: Massnahmen gegen die Klimakrise sollen von jenen bezahlt werden, die sie hauptsächlich verursacht haben und davon profitieren und profitieren. So soll etwa eine Abgabe auf Milliardenvermögen mithelfen, den ökosozialen Umbau zu finanzieren.

Thematisch wird sich unter dem neuen Co-Präsidium weniger verändern als im Selbstverständnis der Partei. Denn die beiden haben massgeblich dazu beigetragen, dass aus den fast eingeschlafenen Juso innert weniger Jahre eine massgebliche politische Kraft wurde. Und dank den Juso hatten in der SP jene Kräfte kaum Brot, die das Heil der Partei in einem Rechtsrutsch suchen. Die Juso verdanken ihre Schlagkraft auch ihrem Selbstverständnis, gleichzeitig Partei und Bewegung zu sein. In diesem Sinne wollen Meyer und Wermuth auch die SP in mehr Bewegung bringen – eben auch ausserhalb der Parlamente. Getreu der Erkenntnis: Vor den Parlamenten fordert die Strasse Fortschritte ein.

GRAMSCI IM GEPÄCK

Die Sache mit der Strasse ist in Coronazeiten gerade so eine Sache. Und auch die coronabedingte Virtualisierung des SP-Parteitags hatte so ihre Nachteile. Gerne hätte man gesehen, wie die Reden

des Co-Präsidiums in einer gefüllten Halle angekommen wären. Denn diese waren mitreissend gut und persönlich. Und gleich mindestens zwei Mal zitierten die Neuen an der SP-Spitze mehr oder weniger direkt den grossen italienischen Philosophen Antonio Gramsci. Meyer sagte: «Ich bin mit 16 der SP beigetreten, weil ich wütend war über diese ungerechte

Meyer und Wermuth stehen für die ökosozialfeministische Wende.

Welt. Wütend bin ich immer noch, doch noch grösser ist die Hoffnung, dass wir gemeinsam die Zukunft schaffen, die wir uns wünschen für diese Welt.» Und Wermuth sagte: «Wir bitten euch heute um eine Entscheidung: um eine Entscheidung gegen den Pessimismus, den uns der Verstand einreden will, und für den Optimismus des Herzens.»

Gramsci im geistigen Handgepäck kann an der SP-Spitze sicher nicht schaden.

Unia-Kongress: Erste Nominierungen künftige Geschäftsleitung Übernehmen jetzt die Frauen?

Der nächste Unia-Kongress findet zwar erst im Juni 2021 statt. Doch wichtige personelle Weichen für die Wahlen werden schon heute gestellt.

MARIE-JOSÉE KUHN

Für Spannung am nächsten Unia-Kongress ist gesorgt: Er wird nämlich darüber entscheiden, wie die künftige Unia-Geschäftsleitung aussehen soll. Wird sie auch weiterhin sieben Mitglieder umfassen? Oder neu mehr? Und: Wer kommt neu rein für die vakanten zwei Sitze? Jetzt hat die Unia-Frauenkonferenz schon mal einen ersten Pflöck eingeschlagen.

Die 130 Delegierten nominierten **Vania Alleva** als Unia-Chefin für weitere vier Jahre. Und zwar einstimmig! Ebenfalls sprachen sie den bisherigen GL-Mitgliedern **Véronique Polito** und **Renate Schoch** ihr weiteres Vertrauen aus. Neu für die Geschäftsleitung nominiert



Bruna Campanello



Vania Alleva



Renate Schoch



Véronique Polito

hat die Frauenkonferenz **Bruna Campanello**. Sie ist Co-Leiterin des Sektors Gewerbe.

EIN ZEICHEN. Bleibt die Unia-Spitze siebenköpfig – und

kommt alles, wie es die Unia-Frauen wollen –, wären die Wahlen im nächsten Juni sogar historisch. Denn erstmals in der Geschichte der grössten Gewerkschaft der Schweiz würde

diese von einer Mehrheit von Frauen geführt. **Eleonora Failla** jedenfalls, die frisch gekürte neue Präsidentin der Unia-Frauenkonferenz und Erwachsenenbildnerin in der Sprachschule Ecap, findet das mehr als wünschenswert. Sie sagt: «Es wäre

«Eine Frauenmehrheit in der GL wäre ein grosser Schritt.»

ELEONORA FAILLA, PRÄSIDENTIN DER UNIA-FRAUENKONFERENZ

ein mächtiger Schritt vorwärts für die Unia, ein wichtiges Zeichen des Wandels und ein Signal sowohl gegen aussen wie gegen innen.»

Eine mehrheitlich von Frauen geleitete Unia könnte sich auch positiv auf den Frauenanteil bei den Mitgliedern auswirken. Er beträgt inzwischen 26 Prozent.

Erst stehen jetzt aber noch die Nominierungen der anderen Unia-Gremien für den Kongress an.

Konzernverantwortungs-Initiative: Darum braucht es am 29.11. ein Ja!

Schweizer Konzerne sollen endlich haften müssen



Tatort 1 Glencore in Peru



Tatort 2 Glencore in Kolumbien



Tatort 3 Syngenta in Indien



Tatort 4 Textilindustrie in Bangladesh

Wir haften für alles, was wir verschulden. Grosse Konzerne aber nicht. Die Konzernverantwortungsinitiative will das jetzt ändern. work zeigt vier Beispiele, warum das so dringend nötig ist.

Tatort 1 Glencore in Peru

In Peru kontrolliert der Zuger Rohstoffkonzern Glencore die Minengesellschaft Volcan. Diese vergiftet seit Jahren die Luft in Cerro de Pasco massiv mit Schwermetallen. Eine Untersuchung ergab: 2000 Kinder in der Region weisen chronische Schwermetallvergiftungen auf (siehe auch: rebrand.ly/vergiftete-kinder). Manche Kinder sind nicht nur blutarm, sondern auch behindert oder gar gelähmt. Eine Haaranalyse zeigte, dass sich die Bleikonzentration in den letzten Jahren noch verschlimmerte.

Die Glencore-Manager behaupten, dass die extremen Verschmutzungen historisch bedingt seien.

FILMTIPP

«DER KONZERN-REPORT»

Wohl zum ersten Mal spielt im Abstimmungskampf um eine Volksinitiative ein Dokumentarfilm eine entscheidende Rolle: «Der Konzern-Report» zeigt anhand von mehreren Beispielen, warum es die Konzernverantwortungsinitiative braucht. Der Film wurde in weniger als einer Woche schon von 100 000 Bürgerinnen und Bürgern angeschaut. Zu sehen ist der 40minütige Film hier: rebrand.ly/konzernreport

Heute verletze die Mine keine Umweltstandards mehr. Wirklich nicht? Das müsste ein Gericht feststellen. Erst wenn die Konzernverantwortungsinitiative durchkommt, wird es so weit sein. Dann könnten die Opfer eine Schadenersatzklage einreichen, und der Multi müsste sich verantworten.

Tatort 2 Glencore in Kolumbien

Im Volksmund wird sie nur «das Monster» genannt: die kolumbianische Kohlenmine El Cerrejón. Dort werden jährlich 80 000 Tonnen Kohle gefördert. Die Minenbetreiber, zu denen auch der Rohstoffkonzern Glencore gehört, liessen ganze Dörfer teils mit Gewalt umsiedeln, um die Mine zu erweitern. Mittlerweile ist sie ein fast 70 000 Hektaren grosser schwarzer Schlund. Auch hier setzt der Tagebau Schwermetalle frei, die in Luft, Wasser und Böden geraten. Und in die Körper der ortsansässigen Bevölkerung. Diese leidet unter Asthma und Herzbeschwerden.

Wenn sich die Minenarbeiterinnen und Minenarbeiter gewerkschaftlich organisieren, werden sie bedroht und schikaniert. Menschenrechtsanwälte prangern solche Praktiken schon lange an. Aber ihnen sind die Hände weitgehend gebunden. Die ganze Tragödie ist im Dokumentarfilm «Der Konzern-Report» festgehalten (auf Youtube zu sehen unter: rebrand.ly/konzernreport).

Tatort 3 Syngenta in Indien

Die Entwicklungsorganisation Public Eye brachte es an den Tag: Der Basler Agrochemiekonzern Syngenta ver-

kauft das hochgiftige Insektizid Polo weiterhin ins Ausland. Dies, obwohl es in der Schweiz wie auch in ganz Europa seit bald zwanzig Jahren verboten ist. In Yavatmal im Norden Indiens wurden vor drei Jahren rund 800 Landarbeiter und Baumwollbauerinnen schwer vergiftet. Mehr als zwanzig von ihnen starben. Die Analyse ergab, dass sie beim Ausbringen der Pestizide auf den Feldern einen Giftcocktail anwendeten, in dem auch

Syngenta verkauft das hochgiftige Insektizid «Polo» ins Ausland.

Polo enthalten war. Die Sprayer erhalten für ihre gesundheitsschädigende Arbeit magere 4 Franken pro Tag. Syngenta streitet ab, dass Polo schuld an der Vergiftung sei. Gerichtsverfahren in Indien verliefen bisher im Sand, und die Chemielobby hat ein Verbot bis heute mit Erfolg verhindert.

Tatort 4 Textilindustrie in Bangladesh und Rumänien

Gegen 75 Millionen Arbeiterinnen und Arbeiter chrampfen in Niedriglohnländern wie Bangladesh oder Rumänien für die Textilindustrie. Oft reichen ihre Löhne nicht für die Existenz aus. Zudem sind die Arbeitsbedingungen teils haarsträubend. Dies zeigte 2013 der spektakuläre Einsturz des mit Textilbetrieben vollgestopften Hochhauses Rana Plaza in Bangladesh, bei dem 1135 Menschen getötet wurden. Public Eye meint, dass die Missachtung international anerkannter Menschenrechte gerade in der Textilindustrie eher die Norm als die Ausnahme sei:

Das will die KVI-Initiative: Firmen haftbar machen

Die Konzernverantwortungsinitiative (KVI) will, dass Schweizer Konzerne für ihre Schäden im Ausland haften. Sie müssen für Menschenrechtsverletzungen oder Umweltverschmutzung ihrer Tochterfirmen geradestehen. Betroffene sollen in der Schweiz Klage einreichen und Wiedergutmachung verlangen können.

UNIA SAGT JA. Einfache Zulieferer sind von der Haftung ausgeschlossen. Ebenso ausgenommen sind KMU, ausser sie seien im Rohstoffhandel tätig, der als Hochrisikosektor gilt (siehe Text rechts). In andern Ländern wie Grossbritannien oder Kanada existieren bereits Haftungsklauseln für Konzerne, wie sie jetzt die Konzernverantwortungsinitiative für die Schweiz fordert. Sie wurde 2016 von einem grossen Bündnis von Entwicklungs-, Menschenrechts- und kirchlichen Organisationen eingereicht. Die Unia unterstützt das Volksbegehren und ruft zu einem Ja am 29. November auf. (rh)

Verfolgung von Gewerkschaften, Lohndiskriminierung, sexuelle Belästigung, gravierende Mängel am Arbeitsplatz.

Würde ein Ja zur Konzernverantwortungsinitiative endlich fair hergestellte Mode garantieren? Das nicht, meinen Fachleute. Doch der Druck würde schneller Verbesserungen erzwingen: Sorgfaltsprüfungen und mehr Transparenz würden das Risiko von Menschenrechtsverletzungen verringern und schrittweise zu einer Erhöhung der Standards führen.

RALPH HUG

Kampf um Konzernverantwortung:

Keller-Sutter liegt falsch

FDP-Bundesrätin Karin Keller-Sutter macht mit falschen Behauptungen Stimmung gegen die Konzernverantwortung.

PATRICIA D'INCAU

Mit FDP-Bundesrätin Karin Keller-Sutter hat die Konzernverantwortungsinitiative (KVI), über die wir am 29. November abstimmen, eine mächtige Feindin. Und eine erfinderische dazu. Seit ihrem Amtsantritt 2018 tut sie alles, um schärfere Gesetze für Konzerne zu torpedieren. «Last minute» zauberte sie vorigen Sommer einen zahnlosen Gegengewurf zur Initiative aus dem Hut. Weil der Nationalrat plötzlich ernsthaft darüber diskutiert hatte, die Schweizer Multis bei Menschenrechtsverletzungen tatsächlich an die kürzere Leine nehmen zu wollen.



Karin Keller-Sutter.

Und jetzt, im Abstimmungskampf, bekämpft Keller-Sutter die Initiative mit Nebelpetarden. Im «Blick»-Interview behauptete die Bundesrätin kürzlich, «etwa 80 000 Firmen» in der Schweiz wären von den Folgen der Konzernverantwortungsinitiative betroffen.

«Absolut losgelöst von der Wahrheit.»

FDP-ALT-STÄNDERÄT DICK MARTY

Unternehmen Ausnahmen gelten sollen. Im Initiativtext haben sie eigens einen entsprechenden Passus verankert. Damit liegt die Macht letztlich beim Gesetzgeber – und das wiederum wäre: der Bund.

HEMMUNGSLOS. Das erwähnt Keller-Sutter allerdings nicht. Damit setzt sie sich sogar in der eigenen Partei in die Nesseln. FDP-Alt-Ständerat Dick Marty kritisiert Keller-Sutters Auftritt deshalb scharf als: «absolut losgelöst von der Wahrheit». Der 75jährige Tessiner ist der Kopf der Konzernverantwortungsinitiative. Und alles andere als ein Linker.

Zwar ist längst klar, dass es ein schmutziger Abstimmungskampf wird. Die Multis und ihre Interessenvertreter setzen alles daran, um ein Ja an der Urne zu verhindern. Dass dabei sogar eine Bundesrätin so hemmungslos mitmischt, überrascht selbst Polit-Urgestein Marty: «Ich kann mich nicht erinnern, dass jemals ein Regierungsmitglied mit so falschen Behauptungen aufgetreten ist.»

KMU-MÄRCHEN. Mit ihren Aussagen übernimmt Keller-Sutter nämlich komplett die Konzern-Propaganda: Schon seit Monaten versucht der Wirtschaftsverband Economiesuisse der Öffentlichkeit weiszumachen, dass die KMU die wahren Opfer der Konzerninitiative seien. Und bei einem Ja ganz besonders leiden würden.

Dumm nur für Economiesuisse, dass die KMU selbst es besser wissen: So werben Unternehmerinnen und Unternehmer in einem eigenen Komitee sogar für ein Ja zur Initiative. Genauso wie Politikerinnen und Politiker aus allen bürgerlichen Parteien. Und selbst der oberste Gewerbler, FDP-Mann Hans-Ulrich Bigler, fährt Economiesuisse öffentlich in die Parade (siehe Seite 11). Und sagt zu ihren KMU-Märchen: «Mit Verlaub, das ist Unsinn!»

Überbrückungsrente Referendum krachend gescheitert

Die Schweiz bekommt ein neues Sozialwerk: die Überbrückungsrente für ältere Arbeitslose. Die SVP wollte es abschliessen. Doch nicht einmal die nötigen Unterschriften für das Referendum kamen zusammen.

CLEMENS STUDER

Ältere Arbeitnehmende über 55 verlieren häufig die Stelle und finden nur schwer wieder eine neue. Wer keinen neuen Job findet, wird nach Ablauf der Bezugsdauer für Arbeitslosenentschädigung «ausgesteuert». Die Betroffenen müssen ihr Vermögen praktisch auf-

Die SVP hat beim erfolglosen Unterschriftensammeln geholfen.

brauchen, das Altersguthaben aus der Pensionskasse beziehen – und verlieren so ihre Pensionskassenrente. Erst dann haben sie Anspruch auf Sozialhilfe. Das ist unwürdig.

VERSCHLECHTERT, ABER GUT

Das ursprünglich von den Sozialpartnern ausgearbeitete Modell wurde vom Bundesrat übernommen. Dann von der rechten Mehrheit im Parlament verschlechtert. Trotzdem ist es ein wichtiger Schritt in die richtige Richtung. Es geht darum, dass Menschen, die ihr Leben lang gearbeitet haben, nicht kurz vor dem ordentlichen Pensionsalter auf Sozialhilfe angewiesen sind. Trotz allen Verschlechterungen, die ihre



SÜNNELI-UNTERGANG: Die SVP hatte keine Chance gegen die Überbrückungsrente für die Arbeitslosen über 55. ILLU: TNT-GRAPHICS

Bündnispartnerinnen von FDP bis GLP in die Vorlage schrieben, blieb die SVP bei ihrer Frontalopposition. Doch sie ergriff das Referendum nicht selber. Sondern schickte ein Komitee von Exponenten vor. Aber die SVP half beim Sammeln. Erfolglos. Etwas über 48 000 Unterschriften kamen zusammen. Unbeglaubigt allerdings. Bei der Beglaubigung fallen jeweils bis 10 Prozent der Signaturen als ungültig durch, weil Leute zum Beispiel doppelt unterschrieben haben.

DARUM GEHT'S

Das Prinzip der Überbrückungsleistungen für ältere Ausgesteuerte entspricht jenem der Ergänzungsleistungen für Rentnerinnen und Rentner: Die Leistung deckt den Teil der Lebenshaltungskosten, den Betroffene nicht selber bezahlen können. Anspruch haben Menschen, die mit 60 Jahren oder älter ausgesteuert werden und als Alleinstehende kein Reinvermögen über 50 000 Franken haben beziehungsweise als Ehepaar nicht über 100 000 Franken.

Die Übergangsleistungen sind plafoniert. Alleinstehende erhalten maximal 3650 Franken im Monat, Ehepaare 5470 Franken. Die Krankheitskosten werden ebenfalls übernommen, allerdings an den Plafond angerechnet. Zu den Bezugsbedingungen gehört auch, dass die Personen mindestens 20 Jahre in der Schweiz gearbeitet haben. Immerhin wird dafür wie bei der AHV die Erziehungsarbeit angerechnet.

Protestwoche der «systemrelevanten» Berufe:

«Die Leute klatschen, die Politik gibt uns einen Chlapf»

Schon wieder müssen die Mitarbeitenden in der Pflege, im Verkauf und in der Logistik wegen Corona mehr leisten. Jetzt fordern sie eine Corona-Prämie und gehen auf die Strasse.

CHRISTIAN EGG

Sie sind für uns da und geben alles: die Frauen und Männer in den Gesundheitsberufen. Ihrem grossen Einsatz ist es zu verdanken, dass im Frühling das Gesundheitssystem nicht zusammenbrach. Und seit die Coronazahlen schon wieder explodieren, müssen sie wieder hart ran. Am 15. Oktober schlug das Spital Schwyz Alarm: 22 von 25 Betten auf der Isolationsstation waren belegt, und jeder zweite Coronatest im Spital ist positiv. Dabei waren viele Pflegerinnen und Pfleger

schon vor Corona am Limit: Nur gerade 11 Prozent hatten genügend Zeit für die Patientinnen und Patienten. Das ergab eine Unia-Umfrage 2019. Und nur 20 Prozent hatten vor, bis zur Pensionierung in der Pflege zu arbeiten.

AM LIMIT

Jetzt reicht's, sagen sich viele im Gesundheitswesen. Sie fordern mehr Wertschätzung. Deshalb gehen sie in der kommenden Woche auf die Strasse. Die Gewerkschaften Syna und VPOD, der Pflegeverband SBK und die Unia rufen zu einer Protestwoche auf. Höhepunkt ist eine gemeinsame Überraschungsaktion auf dem Bundesplatz am 31. Oktober (anmelden bis 23. Oktober unter rebrand.ly/aktion31).

Ihre Forderungen: eine Corona-Prämie von mindestens einem Monatslohn, mehr Mitsprache und bessere Arbeitsbedingungen. Denn obwohl Corona zeigt, dass die Gesundheitsberufe «systemrelevant» sind, weigert sich die Politik, über substantielle Verbesserungen zu diskutieren. Lukas Engelberger, Präsident der kantonalen Gesundheitsdirektoren, sagte gegenüber dem «Tages-Anzeiger», er habe zwar Verständnis für die Forderung nach höheren Löhnen, er müsse «das Pflegepersonal aber vor Illusionen warnen. Die Personal-

PFLEGE MIT HERZBLUT: Damit das Gesundheitssystem nicht krank wird. ILLU: ZVG



kosten insgesamt dürfen nicht weiter ansteigen.»

Und eine kürzliche Umfrage der «Sonntagszeitung» unter Spitalern brachte zutage: Kein einziges sieht für 2021 eine flächendeckende Lohnerhöhung vor. Bei den Altersheimen sieht's nicht besser aus. Die beiden grössten Arbeitgeber in der Langzeitpflege, Tertium und Senevita, haben zwar die Löhne 2021 noch nicht beschlossen. Aber beide teilen auf Anfrage

mit: «Wir orientieren uns an den Vorgaben der Kantone zur Pflegefinanzierung.» Also an Batzenklemmern wie Engelberger.

CORONA-ESSENSGUTSCHEIN

Das macht die Pflegenden hässig. Pierre-André Wagner vom SBK sagt, diese seien «masslos enttäuscht», dass ihr Einsatz nicht gewürdigt werde: «Die Bevölkerung hat für uns geklatscht, aber von der Politik bekommen wir einen Chlapf.»

Mit ganz wenigen Ausnahmen hätten die Pflegenden bisher nicht einmal eine Covid-Prämie erhalten. Er berichtet von einer Klinik, in der die Leitung die Mitarbeitenden mit einem 10-Franken-Essensgutschein fürs Personalre-

Im Berner Inselspital gab's als Dank für den Corona-Einsatz einen Kugelschreiber.

restaurant abgespeist habe. Für Ärger unter der Belegschaft sorgte auch das Berner Inselspital: Hier gab's als Dank für den Corona-Einsatz einen Kugelschreiber mit der Aufschrift «we care» (wir kümmern uns). Unter den Pflegenden verspottet als «who cares?» (wen kümmert's?).

Mehr Anerkennung und mehr Lohn fordern auch die Verkäuferinnen und die Mitarbeiter in der Logistik, auch ihre Arbeit ist «systemrelevant». Und auch ihre Löhne sind tief, oft herrscht Arbeit auf Abruf, viele können nur in einem kleinen Pensum oder im Stundenlohn arbeiten. Am 31. Oktober organisiert die Unia deshalb dezentral Protestaktionen in diesen Branchen (solidaritaet.unia.ch/aktionstag). Yolande Peisl von der Unia vertritt jetzt schon die Botschaft des Aktionstages: «Wer so einen wichtigen Job macht, muss auch in Würde davon leben können.»

Presseratsentscheid gibt der Unia recht

BaZ verletzte Anhörungspflicht

Schon wieder hat der Schweizer Presserat eine Beschwerde der Unia in der Hauptsache gutgeheissen.

MARIE-JOSÉE KUHN

Unter dem Titel «Aufstand in der Unia» veröffentlichte die «Basler Zeitung» (BaZ) am 9. April 2019 einen Artikel auf der Frontseite der Printausgabe. Darin schrieb Journalist Dominik Feusi über einen internen Konflikt zwischen der Unia-Zentrale und ihrer Sektion Berner Oberland. Und über den von der Unia-Basis schliesslich

Presserat stellt sich schon zum zweiten Mal hinter die Unia.

abgewählten Sektionspräsidenten Ueli Balmer. Dieser durfte im Artikel mehrere happe Anwürfe gegen die Unia-Zentrale machen. Zum Beispiel: Die Unia behandle Andersdenkende «wie Aussätzige» und wer «ihnen» in der Zentrale «nicht passt, wird eliminiert». Balmer sprach sogar von einem «Putsch» von oben gegen un-

ten. Das gefiel der rechten «Basler Zeitung» natürlich, und sie garnierte die Geschichte noch mit weiteren Schmuddel-Interneta, die ihr offenbar zugespielt wurden. So ortet sie in der Unia mehrere «Sex- und Mobbing-Skandale».

KLARE RÜGE

Im Austeilen gross, im Anhören ganz klein: lediglich im Schlusssatz des Artikels liess die BaZ die Unia zu den Anwürfen Stellung nehmen. Nicht Punkt für Punkt, wie dies journalistisches Handwerk erfordern würde, sondern bloss verkürzt. Gegen dieses unfaire Vorgehen erhob die Unia schliesslich Beschwerde beim Schweizer Presserat. Dieser beurteilt Fälle aus den Medien aus berufsethischer Perspektive. Begründung der Unia: Sie sei nicht angehört worden, während die BaZ dem abgewählten Ueli Balmer eine grosse Plattform offeriert habe.

Nun hat der Presserat entschieden und gibt der Unia in der Hauptsache recht: Die «Basler Zeitung» habe gegen die Anhörungspflicht bei schweren



DOMINIK FEUSI: BaZ-Journalist, im Austeilen gross, im Anhören eher klein. FOTO: ZVG

Vorwürfen verstossen. Das ist eine klare Rüge. Eine solche Konfrontation verlangt die «Erklärung der Pflichten und Rechte der Journalisten und Journalistinnen», der Journalismus-Codex des Presserates, in Ziffer 3.

AUCH CH MEDIA

Die Rüge an die Adresse der BaZ ist übrigens schon die zweite Rüge des Presserats in derselben Sache. Vor nur zwei Monaten rügte er bereits den Medien-

konzern CH Media für ein Interview mit demselben Ueli Balmer. Dieser durfte in verschiedenen Publikationen des Verlags schwere Vorwürfe gegen die Unia erheben – und auch persönlich gegen Unia-Chefin Vania Alleva. Balmer forderte sogar den Kopf von Alleva. Doch weder sie noch die Gewerkschaft wurden vom Journalisten Andreas Maurer korrekt mit den Vorwürfen konfrontiert. Ein No-go, wie der Presserat schon damals festhielt.



STREIK TROTZ – ODER GERADE WEGEN – CORONA: Beschäftigte des öffentlichen Dienstes protestieren in ganz Deutschland.

Deutschland: Streiks im öffentlichen Dienst

Gestern applaudiert – heute abserviert

Pflegerinnen, Verwaltungsangestellte und Busfahrer haben die Nase voll. Die Heldinnen und Helden der Coronakrise fordern jetzt eine Anerkennung ihrer Arbeit. Doch der Staat will sie billig abspeisen.

JOHANNES SUPE

Heike Rehkopf (56) ist zufrieden, denn heute arbeitet sie nicht. Es ist kurz vor 9 Uhr, und die Intensivpflegerin steht vor ihrem Krankenhaus. Drinnen fehlen heute gut 100 Pflegefachfrauen, entsprechend mussten Betten geschlossen und Operationen verschoben werden. Niemand wird gefährdet, doch das Spital betreut an diesem Tag weniger Menschen und generiert entsprechend geringere Einnahmen. Denn Heike Rehkopf und ihre Kolleginnen streiken. Rehkopf sagt: «Das haben sie uns sehr, sehr übel genommen.» Noch am Vortag riefen die Chefsärztinnen und Chefsärzte die Belegschaft zusammen und verurteilten den Streik. Genützt habe es nichts, sagt Rehkopf: «Der Streik klappt sehr gut.» Und so wird auch das Herzzentrum der SHG-Klinik in der westdeutschen Stadt Völklingen vom Arbeitskampf im öffentlichen Dienst erfasst. Es ist der 13. Oktober, ein Dienstag. Es ist ausserdem erst ein Anfang: Schon am nächsten Tag soll die Aktion ausgeweitet werden.

Eine Streikwelle brandet in Deutschland auf. Seit mehreren Wochen finden mal ein-, mal zweitägige Arbeitsniederlegungen statt, organisiert von der deutschen Dienstleistungsgewerkschaft Verdi. Dabei geht es um viel: Der Vertrag der rund 2,3 Millionen Beschäftigten von Bund und Kommunen steht auf dem Spiel. Und damit die Arbeitsbedingungen von Pflegerinnen, Kollegen in der Müllabfuhr, von Verwaltungsangestellten und Beschäftigten in den kommunalen Kraftwerken. Für sie alle will Verdi bessere Löhne herausholen.

STAAT WILL NULLRUNDE

Gut 550 Kilometer Landweg trennen Ernst-Wilhelm Mahrholz (61) von Intensivpflegerin Rehkopf. Er arbeitet in Halberstadt in Ostdeutschland für die Verwaltung des dortigen Landkreises; ist hier in der Personalvertretung aktiv. Rehkopf und Mahrholz kennen

sich nicht, und doch treibt sie dieselbe Sache an: Mit seinen Kollegen will auch Mahrholz streiken. 33 Jahre arbeitet er nun bereits im öffentlichen Dienst. In dieser Zeit hat er mit ansehen müssen, wie dieser gegenüber der Privatwirtschaft immer weiter zurückfällt, bei den Löhnen und den Arbeitszeiten. Mahrholz: «Wir haben mittlerweile riesige Probleme, junge Leute für unsere Stellen zu finden.» Um gegenzusteuern «müsse endlich etwas beim Lohn passieren». Auch deshalb sei der Streik notwendig.

Wäre es nach Verdi gegangen, hätte es die Streiks nicht gegeben. Die Gewerkschaft hatte der Gegenseite angeboten, die Verhandlungen auf das kommende Jahr zu verschieben. So wollte man es vermeiden, ausgerechnet in der Coronakrise einen Arbeitskampf führen zu müssen. Für die Beschäftigten hätte es eine Einmalzahlung für das Jahr 2020 geben sollen. Doch Bund und Kommunen lehnten das ab. In den zwei Verhandlungsrunden, die dann Anfang und Ende September folgten, boten sie den Beschäftigten nichts an. So drängt sich der Verdacht auf, dass der Staat die Krise nutzen wollte, um Nullrunden durchzudrücken.

«Es muss endlich was beim Lohn passieren!»

PERSONALVORSITZENDER ERNST-WILHELM MAHRHOLZ

Wäre es nach Verdi gegangen, hätte es die Streiks nicht gegeben. Die Gewerkschaft hatte der Gegenseite angeboten, die Verhandlungen auf das kommende Jahr zu verschieben. So wollte man es vermeiden, ausgerechnet in der Coronakrise einen Arbeitskampf führen zu müssen. Für die Beschäftigten hätte es eine Einmalzahlung für das Jahr 2020 geben sollen. Doch Bund und Kommunen lehnten das ab. In den zwei Verhandlungsrunden, die dann Anfang und Ende September folgten, boten sie den Beschäftigten nichts an. So drängt sich der Verdacht auf, dass der Staat die Krise nutzen wollte, um Nullrunden durchzudrücken.

WURSTKORB ALS DANK

Ein Korb mit Wurst- und vegetarischem Aufstrich: so sah der Dank des Staats für die Arbeit von Heike Rehkopf und ihren Kolleginnen aus. Genauer: Es waren vier Körbe für die Dutzenden Pflegerinnen. Rehkopf sagt: «Während Corona wurden Dankesreden geschwungen, aber danach hat sich nicht viel geändert für uns.» Dabei war ein Bereich des Herzzentrums kurzerhand zu einer Coronastation umgewandelt worden, das Spital hatte sich sogar bereit erklärt, französische Patientinnen und Patienten bei sich aufzunehmen. Mehr Stress und längere Arbeit über den Tag hinweg waren die Folgen für die Pflegenden. Doch nur einem Teil der Belegschaft war für die Dauer von zwei Monaten der Lohn erhöht worden. Nun will die Klinik nichts mehr wissen von einer Aufwertung der Pflege. Stattdessen hält die Geschäftsleitung in einem Brief an Verdi fest: «Gleichzeitig untersagen wir jegliche Streikpropaganda (...), insbesondere das Abhalten von Streikversammlungen und das Aufhängen von Plakaten.» Ein Bonus lasse sich «tarif-

Unia: Solidarität mit den Streikenden

Auch die Unia hat sich zum Arbeitskampf in Deutschland geäussert und folgende Erklärung an Verdi gesandt:

«Wie bei euch in Deutschland hat auch bei uns in der Schweiz die Covid-Krise viele Arbeitnehmende hart getroffen. Doch ohne den unermüdeten Einsatz der Beschäftigten in Pflege und Betreuung, ohne die oft unsichtbaren Anstrengungen der Angestellten in der Verwaltung, ohne eine gesicherte Energieproduktion und eine pünktliche Müllabfuhr – kurz: ohne die viele Arbeit, die unsere Kolleginnen und Kollegen im öffentlichen Dienst und in den essentiellen Berufen in der Privatwirtschaft leisteten, wären die Folgen der Krise viel drastischer ausgefallen. Nun führt ihr an der Seite genau dieser Beschäftigten des öffentlichen Diensts einen Arbeitskampf. In dieser Auseinandersetzung stehen wir fest an eurer Seite. Die Pflege, die essentiellen Berufe in der Privatwirtschaft wie auch der gesamte öffentliche Dienst verdienen eine Aufwertung. Gemeinsam setzen wir sie durch!»

lich nicht darstellen», war die bürokratische Antwort, die Ernst-Wilhelm Mahrholz von den Chefs der Verwaltung bekam. Da hatte der Personalvertreter nachgefragt, ob man den Beschäftigten etwas zukommen lassen könnte. Schliesslich hatte die Coronazeit für viele Verwaltungsangestellte erhebliche Mehrarbeit bedeutet: Man half etwa den Kolleginnen und Kollegen aus der Gesundheitsabteilung dabei, die Corona-Hotline einzurichten oder Verläufe von Infektionsketten zurückzuverfolgen. Gleichzeitig musste mit einer Rumpffinanzsicherung der reguläre Dienst verrichtet werden. Mahrholz: «Durch ihren Einsatz haben die Mitarbeitenden dafür gesorgt, dass die öffentliche Daseinsvorsorge weiter funktioniert hat.» Nur eine wirkliche Würdigung erhielten sie nicht. Weil «tariflich nicht darzustellen» übersetzt bedeutet: Es gibt nichts, weil im Tarifvertrag nicht steht, dass es etwas geben muss.

Noch nicht! Die Streikaktionen, an denen insgesamt mehrere Tausend Beschäftigte teilnahmen, veranlassten Bund und Kommunen dazu, am Freitag, 16. Oktober, erstmals ein Angebot für Lohnerhöhungen vorzulegen. Verhandelt werden soll darüber noch in diesem Monat.



la suisse existe
Jean Ziegler

IST DIE MUTTER ALLER VERBRECHEN SCHWEIZERIN?

Daniel Thelesklaf ist ein Mann der klaren Worte. In seinem Bankermilieu ist das eher selten. Er sagt: «Unsere Verteidigung gegen die Geldwäscherei ist ineffizient» (Tribune de Genève, 22. 9. 2020). Geldwäscherei ist die Mutter aller Verbrechen. Wenn es einem Drogenbaron oder einem korrupten Staatspräsidenten gelingt, bei einer Schweizer Bank ein Konto zu eröffnen, kann er seine gestohlenen Millionen legalisieren und damit nutzbar machen.

WIRKUNGSLOSES GESETZ. Thelesklaf ist ein international renommierter Experte für Geldwäscherei. Im August letzten Jahres übernahm er die Leitung

Der Finanzplatz darf nicht Verbrechertartellen als internationale Finanzdrehscheibe dienen.

der Meldestelle für Geldwäscherei (MROS), einer Behörde, die im Bundesamt für Justiz angesiedelt ist. Gemäss dem

Geldwäschereigesetz von 1996 müssen alle Banken und Finanzdienstleister dieser Behörde Klienten melden, die sie der Geldwäsche verdächtigen. Die MROS prüft den Verdacht und überweist das Dossier gegebenenfalls den Strafverfolgern.

Aber das System funktioniert nicht. Nach weniger als einem Jahr im Amt trat Thelesklaf wieder zurück. Sein Frust ist verständlich.

Die letzten gesicherten Zahlen datieren von 2015. In jenem Jahr konfiszierte die Justiz 190 Millionen Franken. Im gleichen Jahr jedoch meldeten die Banken und Finanzinstitute der Meldestelle verdächtige Gelder in Höhe von 4,8 Milliarden Franken. Die Schweiz beschlagnahmte also lediglich einen lächerlich geringen Teil der mutmasslich kriminellen Gelder.

Die Geldwäschereibehörde der OECD, der Organisation der Industriestaaten, der auch unser Land angehört, macht seit langem massiven Druck auf Bern. Sie verlangt ein neues Schweizer Gesetz zur Bekämpfung der Geldwäscherei. Finanzminister Ueli Maurer knickte ein: Im April 2018 schickte er sein neues Gesetz in die Vernehmlassung. Dann begann eine ziemlich skurrile Komödie im Parlament. Als Erstrat weigerte sich der Nationalrat, auf die Vorlage auch nur einzutreten. Die Mehrheit meinte, man solle sich keinem ausländischen Druck beugen. Der Ständerat agierte subtiler. Er trat ein, bekämpfte jedoch erfolgreich alle Verschärfungen im neuen Gesetzesvorschlag. Schliesslich kam das Gesetz in der jetzigen Herbstsession zurück in den Nationalrat und wurde dort vorläufig begraben.

MILLIONEN FÜR ANWÄLTE. Im Zentrum der Debatte stehen die Anwälte. Nach Meinung der OECD und des Bundesrates sollen Anwältinnen und Anwälte, die als «Beraterinnen und Berater» tätig sind, neu dem Gesetz unterstellt werden. Mit gutem Grund: Denn sie sind es, die eine überwiegende Zahl der bei den Ganoven äusserst beliebten Offshore-Gesellschaften in der Karibik fabrizieren. Diese Konstrukte garantieren den Besitzern totale Anonymität. Dafür zahlen sie den Anwälten Honorare in sechsstelliger Höhe.

Im Bundeshaus kämpften zwei Genfer Nationalräte – Christian Lüscher (FDP) und Vincent Maitre (CVP) – wie die Verrückten gegen das Gesetz. Ihr Argument: Das Berufsgeheimnis des Anwalts verbiete jede Auskunftspflicht. Die Schweiz ist eine Demokratie. Der Finanzplatz darf nicht weiterhin Verbrechertartellen als internationale Finanzdrehscheibe dienen. Der Druck der öffentlichen Meinung ist nötig, damit das Parlament einem schärferen Geldwäschereigesetz endlich zustimmt.

Jean Ziegler ist Soziologe, Vizepräsident des beratenden Ausschusses des Uno-Menschenrechtsrates und Autor. Sein neustes Buch ist: **Die Schande Europas. Von Flüchtlingen und Menschenrechten.**

Corona-Massnahmen So machen's die anderen

Die vom Bundesrat national verfügten Massnahmen und die von einigen Kantonen ergänzend eingeführten ändern wenig daran, dass die Schweiz weiterhin nur relativ sanfte Corona-Massnahmen hat. Andere europäische Länder mit zum Teil wesentlich tieferen Zahlen greifen härter durch. Eine Auswahl von Ländern und Massnahmen:

DEUTSCHLAND Es kommt zu lokalen Lockdowns. In vielen Städten ist der Alkoholausschank und -verkauf massiv eingeschränkt. Und die Restaurants müssen früh schliessen. Für Einreisende aus zahlreichen Schweizer Kantonen gilt eine vierzehntägige Quarantänapflicht.

FRANKREICH In Paris und anderen Grossstädten wie Marseille oder Lyon gilt eine Ausgangssperre zwischen 21 Uhr und 6 Uhr morgens.

ITALIEN Die Maskenpflicht gilt auch im Freien. Parties sind verboten, und Restaurants müssen um Mitternacht schliessen. Lokale ohne Sitzplätze müssen jedoch nach 18 Uhr den Service einstellen. Die Städte können in eigener Regie öffentliche Plätze am Abend sperren. In der Lombardei gilt neu eine nächtliche Ausgangssperre zwischen 23 und 5 Uhr morgens. Andere Regionen prüfen diesen Schritt auch. So die Hauptstadt Rom.

Parties sind in Italien verboten. In der Lombardei gilt neu eine nächtliche Ausgangssperre zwischen 23 und 5 Uhr morgens. Andere Regionen prüfen diesen Schritt auch. So die Hauptstadt Rom.

ÖSTERREICH Feiern in Innenräumen sind auf sechs Personen begrenzt, im Freien auf zwölf. Öffentliche Veranstaltungen sind nur noch mit zugewiesenen Sitzplätzen, einer begrenzten Teilnehmendenzahl und ständigem Maskentragen erlaubt. Auch im Freien gilt eine Maskenpflicht überall dort, wo es Menschenansammlungen gibt.

ÖSTERREICH Feiern in Innenräumen sind auf sechs Personen begrenzt, im Freien auf zwölf. Öffentliche Veranstaltungen sind nur noch mit zugewiesenen Sitzplätzen, einer begrenzten Teilnehmendenzahl und ständigem Maskentragen erlaubt. Auch im Freien gilt eine Maskenpflicht überall dort, wo es Menschenansammlungen gibt.

BELGIEN In Belgien wurde diese Woche die gesamte Gastronomie für 4 Wochen in den Shutdown geschickt. Zudem gilt zwischen Mitternacht und 5 Uhr am Morgen eine Ausgangssperre.

HOLLAND In den Niederlanden sind Bars und Restaurants seit einer Woche für vier Wochen gesperrt. Ab 20 Uhr ist der Verkauf von Alkohol verboten. Die Holländerinnen und Holländer dürfen nur maximal drei Gäste pro Tag in ihren Wohnungen empfangen.



PHOTO: KEY
GESPERRT: Ab 20 Uhr gibt's keinen Wein mehr.

GROSSBRITANNIEN Um «den Winter neu zu starten», diskutiert Großbritannien «eine dreiwöchige Periode nationaler und verschärfter Beschränkungen» – also einen Lockdown. In Wales gilt ab dem Wochenende bereits ein solcher, zunächst für zwei Wochen. Freizeitaktivitäten und Tourismus sind verboten. Nur Geschäfte mit lebensnotwendigen Waren dürfen offen haben, Pubs und Restaurants sind geschlossen. Auch Treffen verschiedener Haushalte sind verboten. Regierungschef Mark Drakeford: «Jeder in Wales wird dazu verpflichtet sein, zu Hause zu bleiben.» (cs)

workfrage:

Braucht es auch in der Schweiz härtere Corona-Massnahmen?

Schreiben oder mailen Sie uns Ihre Meinung zu diesem Thema! Eine Auswahl der Antworten lesen Sie in der nächsten Ausgabe. E-Mail oder Brief an: **work, Frage, Postfach 272, 3000 Bern 15, redaktion@workzeitung.ch**

Coronavirus hat die Schweiz wieder heftig im Griff Erfolge verspielt, Entwicklung verschlafen



APPLAUS: Die Truppe des Jodler-Musicals «Uf immer und ewig» jodelte das Virus kräftig in den Saal. FOTO: JODEL MUSICAL FREUNDE

Die zweite Coronawelle rollt. Sie trifft die Schweiz hart. Weil rechte Parteien und die Kantone die Erfolge des Frühsommers verspielt haben.

CLEMENS STUDER

Am 18. September schrieb work: «Der Bund muss wieder übernehmen!». Am 18. Oktober war's dann so weit. Zumindest ein bisschen. Der Bundesrat musste handeln, weil er sich im Frühsommer geirrt hatte. Geirrt mit der Annahme, die Kantone könnten die Bekämpfung der Corona-Pandemie übernehmen. Diese hatten das auch lautstark behauptet. Unterstützt von rechten Parteien und den Wirtschaftsverbänden. Doch schon bald zeigte sich: Die meisten Kantone können es nicht. Und die mehrheitlich rechtsdominierten Deutschschweizer Kantonsregierungen wollten oft auch nicht. Aus ideologischen Gründen – und aus Angst vor Stimmenverlust bei den nächsten Wahlen.

Die Folge: ein Flickenteppich an Massnahmen. Die Corona-Infektionen explodieren. Die ersten Spitäler sind bereits am Anschlag. Das Contact-Tracing ist in vielen Kantonen überfordert und zum Teil faktisch bereits aufgegeben. Die Corona-App, vom SRF-gehypten Lausanner Biologen Marcel Salathé durchgezwingelt, könnte zwar funktionieren – tut's aber nicht. Statt der anvisierten 3 Millionen Nutzerinnen und Nutzer sind es aktuell gerade mal rund 1,7 Millionen. Jetzt müssen die Pösterinnen und Pöster dafür Werbung machen.

Kurzum: Die Erfolge des Frühsommers sind verspielt.

VERSCHLAFEN UND IGNORANT

Wie viele Kantone die Erfolge der Pandemie-Bekämpfung vernichteten, die der Bundesrat erreicht hatte, zeigen vier Beispiele.



SCHWYZ: Die Verantwortlichen im Kanton Schwyz zum Beispiel haben wohl gehofft, das Virus sterbe im Talkessel vor Langeweile – oder traue sich aus Furcht vor den hohen SVP-Wähleranteilen nicht in den Kanton. Darum lief in Schwyz fast alles so, als wäre Corona nur etwas, das Städter und Westschweizerinnen betreffe. Stubete um Stubete füllten die Beizen und Säle. Und Ende September liessen die Behörden Auffüh-

rungen des Jodler-Musicals «Uf immer und ewig» zu – in der Mehrzweckhalle Mythen-Forum in der Kantonshauptstadt Schwyz. Ohne Maskenpflicht. Auf der Bühne standen die Darstellenden Schulter an Schulter. Und jodelten das Virus kräftig in den Saal. Folge: Der Kanton sieht sich «mit einem der europaweit schlimmsten Ausbrüche» konfrontiert. Das erfuhr die Schweiz aber nicht etwa von der Kantonsregierung. Sondern in einem dramatischen Videoappell der Verantwortlichen des Kantonsospitals, das an seine Grenzen stösst. Und Patientinnen und Patienten in ausserkantonale Spitäler überweisen muss.

In Schwyz jodelten die Jodler das Virus von der Bühne...



AARGAU: Während die Nachbar Kantone Solothurn und Zürich schon längst die Maskenpflicht in Läden eingeführt hatten, sträubte sich der SVP-Gesundheitsdirektor

Jean-Pierre Gallati wochenlang dagegen. Das war aus seiner Sicht nur konsequent. Schliesslich trat der SVPLer auch an einer Corona-Leugner-Veranstaltung auf, an der weder Masken getragen noch die Abstände eingehalten wurden. Und dann waren am 18. Oktober ja auch noch Wahlen. Nach der Wiederwahl – und dem Einschreiten des Bundesrates – verhängte der Aargau dann blitzartig wesentlich schärfere Massnahmen.



BERN: A propos blitzartig: Im Kanton Bern schneggelte SVP-Gesundheitsdirektor Pierre-Alain Schnegg wochenlang vor sich hin. Um dann zuerst die Maskenpflicht in Verkaufsgeschäften doch noch einzuführen. Und kurze Zeit später – als die Zahlen explodierten – auch Grossveranstaltungen wieder auf 1000 Teilnehmende zu beschränken. Die Fussball- und Eishockeyvereine sehen ihr Geschäftsmodell am Ende. Und die nationale Eishockeyliga denkt wegen des Berner Entscheids gar über einen Abbruch der Saison nach. Der Entscheid soll im November fallen.



ZÜRICH: Zürich führte relativ früh eine Maskenpflicht im Handel ein. Und die SVP-Gesundheitsdirektorin Natalie Rickli möchte schon länger weitergehende Massnahmen ergreifen. Im Unterschied zu anderen Kan-

tonen verlaufen hier die politischen Fronten in der Regierung aber anders. Dem Vernehmen nach bremsen im Kanton Zürich nämlich die beiden SP-Regierungsmitglieder effizientere Massnahmen aus. Der Regierungsrätlich eingesetzte Zürcher Sonderstab kommt ohne medizinisches und wissenschaftliches Fachpersonal aus (mit Ausnahme der Kantonsärztin ad interim). Die Hälfte der Truppe besteht aus Vertretern von «Sicherheitsdiensten», und der Chef ist der Kantonspolizeichef. Die anderen schauen aufs Geld. Auch so kann eine Exekutive Zeichen setzen.

Im Zürcher Kantonsrat bezeichnete SVP-Kantonsrat Christian Lucek wirkungsvolle Massnahmen gegen die Corona-Ausbreitung als «sozialistische Predigt und kommunistische Allmachtsphantasie». Und: «Wer soll das alles bezahlen, schliesslich liegen noch keine Leichenberge herum.» Eine sinnvolle Antwort wäre wohl: die Allgemeinheit. Schliesslich füttert diese auch Lucek seit mindestens 33 Jahren durch. Er ist Berufsmilitär. Doch blödsinnige Corona-Aussagen sind kein Vorrecht von SVP-Politikern. Ein Zürcher FDP-Kantonsrat mit dem sprechenden Namen Marc Bourgeois sagte zu den Quarantäne-Regelungen (die er für Reisende faktisch abschaffen möchte): «Sozialisten schliessen ja gerne Leute im Land ein.»

... in Bern schneggelte Gesundheitsdirektor Schnegg vor sich hin.

Die landesweit geltenden Vorschriften des Bundes und die von einigen Kantonen beschlossenen weitergehenden Massnahmen werden frühestens in vierzehn Tagen ihre Wirksamkeit zeigen. Bis dahin werden die Ansteckungszahlen, die Spitaleinweisungen und die Todesfälle weiter steigen. Im Vergleich mit den umliegenden Ländern sind die Schweizer Massnahmen immer noch sehr zurückhaltend (siehe Spalte links).

WAS JETZT KOMMT

Man muss nicht hellsehen können um zu prophezeien: Das wird nicht reichen, uns halbwegs unbeschadet über den Winter zu bringen. Wie steil die Lernkurve bei den Politikerinnen und Politikern ist, wird sich das nächste Mal bereits nächste Woche zeigen. Dann trifft sich das nationale Parlament zu einer Corona-Sondersession. Es geht auch um wirtschaftliche Hilfen für Corona-Betroffene. Noch klemmen die rechten, angeblich «KMU-freundlichen» Parteien.

BEGOSSEN, VERDROSSEN: Arbeitgeberpräsident Valentin Vogt, Gewerbeverbandsdirektor Hans-Ulrich Bigler und der neue Economiesuisse-Präsident Christoph Mäder (v.l.) vor roter Wand mit Leuchter. FOTO: KEYSTONE



Gewerkschaften Kämpfen gelernt

Der Angriff der Arbeitgeber auf die Sozialpartnerschaft misslang, weil die Gewerkschaften wieder kampfbereiter und referendumsfähiger geworden sind.

RALPH HUG

Mitte der 1990er Jahre begann die Grosseffensive der Arbeitgeber. Ihr Credo hiess deregulieren, privatisieren und liberalisieren. Und das wollten sie gegen die Gewerkschaften durchsetzen. Ade Sozialpartnerschaft, ade Gesamtarbeitsverträge! Doch nach zwei Jahrzehnten zeigt sich: Diese ideologische Hardliner-Strategie führte in die Sackgasse (siehe Interview links).

GESTOPPT

Der neoliberale Angriff gelang zwar in einzelnen Gesamtarbeitsverträgen sowie in einigen Bestimmungen des Arbeitsgesetzes. Da wurde dereguliert. Ausserdem blockierte er auch einen grösseren Ausbau der Sozialversicherungen. Zu mehr reichte es aber nicht, sagt Ex-Unia-Co-Präsident Andreas Rieger, der die Entwicklung der Arbeitgeberverbände seit Jahrzehnten verfolgt. Dass der Durch-

Seit den nuller Jahren gibt es wieder mehr Streiks und Lohnkämpfe.

marsch der Hardliner misslang, sei auch das Verdienst der Gewerkschaften. Rieger: «Diese haben nach langen Jahren des absoluten Arbeitsfriedens wieder zu kämpfen gelernt.» Und tatsächlich: Seit den nuller Jahren wehren sich die Arbeitnehmenden vermehrt für ihre Anliegen: Es gibt mehr Lohnkämpfe, Streiks und Aktionen in den Betrieben. Und es gibt auch wieder Referenden und Abstimmungskampagnen der Gewerkschaften auf dem politischen Parkett. Eine führende Rolle in diesem Prozess spielte und spielt die Unia. Gerade deshalb ist sie rechten Hardlinern ein Dorn im Auge.

SCHWACHSTELLE

Rieger ortet noch einen weiteren Grund, weshalb die antigewerkschaftlichen Ideologen unter den Arbeitgebern letztlich ihre Ziele nicht erreichten. So verfügen viele Arbeitgeberverbände über Dienstleistungen, die direkt mit Gesamtarbeitsverträgen oder mit den Sozialversicherungen zusammenhängen, insbesondere mit der AHV und den Kinderzulagen. Dies lässt sie vorsichtig werden. Selbstkritisch vermerkt Rieger aber auch, dass sich die Gewerkschaften etwa bei der beruflichen Weiterbildung von den Arbeitgebern verdrängen liessen. Rieger: «Den Arbeitnehmerverbänden verbleiben fast nur noch die Zahlstellen der Arbeitslosenversicherung.»

Immer mehr gegensätzliche Interessen im Arbeitgeberlager:

Das «Zentralkomitee des Kapitals» lahmt

Der Wirtschaftsdachverband Economiesuisse hat einen neuen Chef: Pharma-Mann Christoph Mäder. Er müsste die zerstrittene Organisation jetzt aus der Hardliner-Sackgasse führen, analysiert work-Kolumnist und Ex-Unia-Co-Präsident Andreas Rieger. Er verfolgt die Entwicklung im Arbeitgeberlager seit Jahrzehnten.

RALPH HUG

work: Der Wirtschaftsdachverband Economiesuisse hat grad einen neuen Präsidenten bekommen: Christoph Mäder. Wer ist Mäder, und geht es mit dem Spitzenverband nun wieder bergauf?



Andreas Rieger,
Ex-Unia-Co-Chef.

Andreas Rieger: Das muss sich weisen. Christoph Mäder stammt aus der Chemie- und Pharmabranche, die im Arbeitgeberlager jetzt immer mehr dominiert. Tatsächlich verlor Economiesuisse in den letzten Jahren an Bedeutung. Das hat aber nicht nur mit personellen Fehlgriffen, sondern auch mit strukturellen Gründen zu tun.

Nämlich?

Im Unternehmerlager haben sich die Interessenskonflikte verstärkt. Es gibt starke Gegensätze zwischen Binnenmarkt und Weltmarkt, Finanz- und Werkplatz, zwischen Managern mit und solchen ohne Verwurzelung in der Schweiz. Oder zwischen sozialpartnerschaftlich orientierten Unternehmern und Hardlinern, die auf Konfrontation gehen. Auch halten sich viele Firmen nur noch an die Interessen des eigenen Aktionariats. Entsprechend wenig zählt dann die politische Abstimmung mit einem Dachverband.

Schon bald ist der einzige gemeinsame Nenner, wo es keinen Streit unter den Arbeitgebern gibt, der Kampf gegen mehr Steuern und gegen Forderungen der Linken.

Kürzlich gingen Economiesuisse-Direktorin Monika Rühl und Gewerbeverbandsdirektor Ulrich Bigler sogar öffentlich wegen der Konzerninitiative aufeinander los. Ein Fanal für die grosse Uneinigkeit?

In gewissem Sinne schon. Der Economiesuisse gelingt es immer weniger, die Interessen im Lager der Arbeitgeber zu bündeln und politisch durchzusetzen. Sie verlor auch wichtige Abstimmungen: So die Unternehmenssteuerreform III oder die Masseneinwanderungsinitiative. In der Europapolitik spielt die Economiesuisse nur noch die dritte Geige.

Man wollte die Gewerkschaften links liegenlassen und mit der Blocher-SVP kutschieren...

Müssen wir sie bald abschreiben?

Das wäre falsch. In vielen Fragen bleibt Economiesuisse eine starke Lobbykraft in Bundesbern. Und keine andere Organisation kann so viel Geld für Kampagnen mobilisieren. Weigert sich die Economiesuisse einmal zu zahlen, entdeckt man, wie arm die bürgerlichen Parteien sind. Aber ein «Zentralkomitee des Kapitals» ist Economiesuisse nicht mehr.

Was heisst das?

Economiesuisse ist ja die Nachfolgerin

des mächtigen Schweizerischen Industrie- und Handelsvereins, des sogenannten «Vororts». In den Jahrzehnten nach dem Zweiten Weltkrieg kam diesem eine Schlüsselrolle zu. Sein Direktor spielte faktisch die Rolle eines achten Bundesrats. Und die dominierende Alliance war jene zwischen der Industrie und den Banken. In den 1990er Jahren übernahmen dann die Banken die Führung. UBS-Chef Marcel Ospel schwang sich zum starken Mann auf. Er brüstete sich, er müsse nur zum Telefon greifen, um einen Bundesrat zu sprechen. Und er war 2003 bei der Wahl des Duos Blocher und Merz tatsächlich Bundesratsmacher.

Gegen die neue Dominanz der Finanzmanager gab es doch aber auch Widerstand, oder?

Ja, und zwar durch die Vertreter der Realwirtschaft, Maschinenbau, Uhren und Bau. Diese drohten 2005/06 sogar mit dem Austritt aus der Economiesuisse. Im Gefolge der Finanzkrise von 2008 verloren die Banken dann an Gewicht. Ospel musste abtreten. Aber an der Arroganz der Grosskonzerne änderte sich nichts. Die Quittung kam dann 2013 mit der bösen Niederlage von Economiesuisse in der Volksabstimmung zur Abzockerinitiative. Dies trotz einer Gegenkampagne von 8 Millionen Franken.

Damals gaben die Hardliner den Ton an. Konnten sie sich durchsetzen?

Sie glaubten, sich mit vielen Millionen und ohne Konzessionen durchsetzen zu können. Unter ihnen auch der Präsident des Arbeitgeberverbands, Valen-

tin Vogt. Dieser wollte die Gewerkschaften links liegenlassen und mit der SVP kutschieren, zum Beispiel bei der Umsetzung der Masseneinwanderungsinitiative. Das führte aber nur in eine Sackgasse. Jetzt ist Vogt wieder vermehrt zum Gespräch mit den Gewerkschaften bereit. So werden Fortschritte wie zum Beispiel die Überbrückungsrente für Ausgesteuerte ältere Arbeitnehmende möglich.

...aber das führte nur in eine Sackgasse.

Und was ist mit dem Gewerbeverband?

Er spielte in der Vergangenheit die Rolle eines Rammbocks gegen fortschrittliche Projekte. Dies, obwohl sein wirtschaftliches Gewicht bescheiden ist. Seit 2008 versucht Direktor Hans-Ulrich Bigler, den Gewerbeverband zur Festung der «Kleinen», der KMU, gegen die «Grossen», die Konzerne, zu machen. Was jedoch oft misslingt. Mit der No-Billag-Initiative und einigen Referenden verrannte sich Bigler in Themen, die mit dem Gewerbe wenig zu tun hatten. Er profiliert sich vor allem, weil die Economiesuisse schwach ist.

Wer dominiert denn heute das Arbeitgeberlager: die FDP oder die SVP?

Hundert Jahre lang waren fast alle Wirtschaftsverbände vom Freisinn dominiert. SVP-Chef Christoph Blocher wollte damit Schluss machen und die «weichsinnigen» Verbände zu kompromisslosen Instrumenten gegen die Gewerkschaften und für die Profitinteressen umbauen. Aber er scheiterte damit. Zum einen kam die Konfrontationspolitik mit der EU bei den Arbeitgebern schlecht an. Zum andern sind in den Branchen mit Gesamtarbeitsverträgen eben immer wieder Kompromisse nötig, gerade auch in den Kantonen. Heute verliert die SVP selbst im Gewerbe an Einfluss. Auch handeln heute viele Arbeitgeberverbände pragmatischer und weniger ideologisch. Es dämmert ihnen, dass im organisierten Kapitalismus Regulierungen nötig und Kompromisse auch mit den Gewerkschaften unausweichlich sind.

Wer ist wer bei den Arbeitgebern?

Arbeitgeberverband	Economiesuisse	Gewerbeverband
organisiert Unternehmen aus allen Branchen	Industrie, Finanzdienstleistungen, Grossunternehmen	Klein- und Mittelbetriebe, besonders aus dem Gewerbe
Organisationsgrad: 50%	Organisationsgrad: 28%	Organisationsgrad: 26%
ca. 24 Angestellte	ca. 70 Angestellte	ca. 22 Angestellte
Präsident: Valentin Vogt Direktor: Roland Müller	Präsident: Christoph Mäder Direktorin: Monika Rühl	Präsident: Fabio Regazzi Direktor: Hans-Ulrich Bigler

Brisanter Bericht Reichtum ist ein Klimakiller

Die reichsten 10 Prozent der Weltbevölkerung sind für mehr als doppelt so viel klimaschädliches CO₂ verantwortlich wie der Rest der Bevölkerung zusammen.

ANNE-SOPHIE ZBINDEN

Trotz Corona geht die Klimaerhitzung ungebremst weiter. Davon zeugen etwa das rasante Schmelzen der Schweizer Gletscher, die heftige atlantische Hurrican-Saison und die verheerenden Hochwasser in Afrika, wo der Nil um über 17 Meter angestiegen ist. Ein neuer Bericht zeigt jetzt: Es ist die extreme globale Ungleichheit, die uns an den Rand des Klimakollapses gebracht hat. So sind die reichsten 10 Prozent der Weltbevölkerung für mehr als die Hälfte der globalen CO₂-Emissionen verantwortlich. Die Nichtregierungsorganisation Oxfam hat zusammen mit dem Stockholm Environment Institute (SEI) die CO₂-Emissionen von 117 Ländern

Corona-Massnahmen stoppen die Klimakrise nicht.

in der Zeit von 1990 bis 2015. In diesen 25 Jahren haben sich die Emissionen verdoppelt. 15 Prozent davon gehen aufs Konto des reichsten Prozents der Weltbevölkerung, das sind nur ungefähr 63 Millionen Menschen, während die ärmere Hälfte der Weltbevölkerung nur für 7 Prozent verantwortlich ist. Oder anders ausgedrückt: Die reichsten 10 Prozent der Weltbevölkerung haben in den letzten 30 Jahren über ein Drittel des globalen CO₂-Budgets verbraucht. Dieses legt das Ma-



DRECKSCHLEUDERN: Die grössten Klimaschäden verursachen die Reichsten mit Autofahrten und Flügen. FOTO: KEYSTONE

ximum an Kohlendioxid fest, das wir global ausstossen dürfen, damit sich die Erde nicht über die im Klimaabkommen von Paris festgelegten 1,5 Grad erwärmt.

Am meisten Reiche gibt es in Nordamerika und Europa, vor China, Indien und Ländern des Nahen Ostens. Die grössten Klimaschäden verursachen die Reichsten mit Autofahrten und Flügen. Im Flugverkehr beanspruchen sie 75 Prozent der Energie, die weltweit fürs Fliegen gebraucht wird.

KONSUMRAUSCH. Diese Zahlen zeigen: Die Reichen bedienen sich hemmungslos aus dem globalen CO₂-Budget. Für den Konsumrausch einer reichen Minderheit bezahlt der Rest der Bevölkerung den Preis, wie diese drei Beispiele zeigen:

1. In den USA wird es in Quartieren, in denen überwiegend Schwarze wohnen, durchschnittlich 7 Grad wärmer als in der Umgebung. Weil in diesen Quartieren systematisch weniger in die Infrastruktur investiert wurde, haben sie weniger kühlende Grünflächen.
2. Ältere Menschen sind stärker betroffen: Acht von zehn Hitzetoten in Kanada sind Menschen über 60 oder älter.
3. Weltweit sind Menschen, die in der Landwirtschaft oder auf dem Bau arbeiten, ganz besonders den gesundheitsschädigenden Auswirkungen von Hitze ausgesetzt.

Deshalb sei es dringend, dass bei der Bewältigung der Corona-Pandemie die Doppelkrisen Klima/Ungleichheit im Zentrum stehe, schreibt Oxfam. Dass also wirtschaftliche Förderprogramme an ökosoziale Bedingungen geknüpft würden. Die Coronakrise biete eine historische Chance für gerechtere Wirtschaftssysteme oder für die Schaffung von «grünen» Arbeitsstellen. Denn sie habe auch bei den Reichsten 10 Prozent der Weltbevölkerung zu einst undenkbar Veränderungen im Lebensstil geführt.

Oxfam-Bericht: Confronting Carbon Inequality, Download in English: www.rebrand.ly/oxfam-bericht

50 Jahre Frauenstimmrecht (4): Josi Meier Der Feldweibel

Die Luzerner CVP-Politikerin Josi Meier ist 1971 unter den ersten elf Frauen, die ins eidgenössische Parlament einziehen. Nur Wochen vorher musste sie sich einer Kropfoperation unterziehen. Sie, die im Aktivdienst als Armee-Feldweibel des Frauenhilfsdiensts (FHD) 300 Meter weit brüllen konnte, hatte jetzt für den Rest ihres Lebens nur noch eine Fistelstimme. Aber auch mit dieser bringt sie die Ohren ihrer Parlamentskollegen zum Läuten.

Josi Meier wird 1926 in Dagmersellen LU als Tochter der Josi und des Niklaus Meier in ärmliche Verhältnisse geboren. Der Vater ist Hausabwart, die Mutter

Im Aktivdienst konnte sie 300 Meter weit brüllen.

arbeitete bis zur Hochzeit als «Saaltochter». Josi aber, Josephine Johanna mit vollem Namen, kann aufs Gymnasium gehen und studieren. Dafür ist sie ihren Eltern dankbar. Aber, so stellt sie später fest, sie habe ihre Mutter als Kind gehasst, weil diese beinhart mit ihr war. Die Mutter habe nur gemacht, was ihr richtig erschien. Bei aller Ambivalenz ist diese ein Vorbild für die Politikerin Josi Meier: «Andere leisten sich eine Jacht oder ein Pferd. Ich leiste mir eine eigene Meinung, das ist in etwa gleich teuer.»

GEGEN BLOCHER

Als in den 1970er Jahren eine junge Frau die Anwältin Josi Meier um Rat fragt, ob sie auch Jus studieren solle, antwortet diese: «Das Leben lang heulende Frauen vertreten, für die man die Scheidung durchfechten muss? Lassen Sie das lieber bleiben!» Kein Wunder, kämpft die ledige Politikerin für ein frauenfreundlicheres Eherecht – gegen Christoph Blocher. Es ist nicht das einzige Mal, dass Meier gegen den SVP-Patriarchen antritt. Sie ist 2003 im höchsten Mass erbittert über das Taktieren der CVP-Fraktion, das zur Abwahl von CVP-Bundesrätin Ruth Metzler führt. Und zur Wahl von Christoph Blocher in den Bundesrat. Meiers Kommentar: «Eine Gerontokratie herrscht jetzt in



ABTRETEN! Obwohl sie nach einer Kropfoperation nur noch eine Fistelstimme hatte, wusste die Luzerner CVP-Nationalrätin Josi Meier sich kraftvoll Gehör zu verschaffen. FOTO: KEYSTONE

Bern. Und: Blocher habe sich die Schweiz gekauft.

Ihrer CVP tritt Meier immer wieder auf die Füsse, wenn es ihr richtig erscheint. Das C stehe für Mitmenschlichkeit und Solidarität, nicht für Machtkalkül und Opportunismus, meinte sie etwa. Ihr politisches Engagement liest sich denn auch wie ein Gegenentwurf zu den CVP-Parteistrategen: Kampf für die Mutterschaftsversicherung, für die Gleichstellungsinitiative, für den Beitritt der Schweiz zur Uno und gegen die Verschärfung des Asylrechts. So täuschend bieder Josi Meiers Erscheinungsbild war, meistens im Deux-pièces mit Perlenkette, so kraftvoll war ihre Attacke auf die rückwärtsgewandte Schweiz. Eben der Feldweibel. Plus scharfzüngiger Humor. In einer Parteiversammlung, wo es um Verhütung ging und den Umgang der Kirche mit der Pille, soll ein junger CVPLer Meier provokativ gefragt haben: «Josi, jetzt mal ganz ehrlich, nimmst du denn die Pille?» Sie habe ihn gemustert und

dann gesagt: «Lieber Freund, wir klären das dann, wenn wir so weit sind.»

A WONDERFUL WORLD

Die CVP-Männer sind gestresst, wann immer ein Auftritt von ihr droht: «Sie bringt immer ein Charre voll Wyber mit!» jammerte etwa ein Parteikollege. Und «Meiers Weiber» ziehen anschliessend Bilanz in «Josis Küchenkabinett», wie sie es nennen. Manöverkritik bei Tee und Kuchen.

Nach 24 Jahren Parlamentsarbeit zieht sich Josi Meier 1995 aus der Politik zurück. Die folgenden Jahre sind geprägt von Krankheit: Schilddrüsenkrebs, Luftröhrenschneidung, Leukämie. 2006 stirbt sie. Auf ihren Wunsch spielt man an der Abdankung: «It's a wonderful world» von Louis Armstrong.

Bis zum Ende bleibt Josi Meier umwerfend offenherzig: «Den Tod fürchte ich nicht», sagt sie einmal: «aber das Sterben. Ich fürchte, ich werde eine lamentable Figur abgegeben. Ich bin keine Heldin.» Doch

work-Serie: Stimmrechtsfrauen

Am 7. Februar 2021 wird das nationale Stimm- und Wahlrecht der Frauen in der Schweiz 50jährig. Bis dann wird Gewerkschafterin und Historikerin **Dore Heim** die unerschrockensten und wichtigsten «Frauenrechtlerinnen» in einer work-Serie porträtiert. Bisher gewürdigt wurden: Katharina Zenhäusern, die als erste Schweizerin abstimmen ging. Und Iris von Roten, eine der radikalsten Denkerinnen der Sache der Frauen. Und Emilie Lieberherr, «Animal politique» wie keine andere Politikerin in der Schweiz. Alle Teile der Serie gibt es hier: www.rebrand.ly/frauenstimmen

genau das war sie für ganz viele Frauen, denen man das Stimmrecht so lange vorenthielt.

US-Konzern Amazon tut alles, um Gewerkschaften draussen zu halten Mit Spionen gegen Streiks und Proteste

Amazon hält Mitarbeitende, die sich gewerkschaftlich organisieren, für so bedrohlich wie Terroristen. Und horcht sie aus.

PATRICIA D'INCAU

Bessere Arbeitsbedingungen für Mitarbeitende? Kommt für Amazon-Boss Jeff Bezos nicht in Frage. Für den reichsten Mann der Welt (Vermögen: 200 Milliarden Dollar) sind Gewerkschaften ein rotes Tuch. Das ist längst bekannt, doch jetzt kommt heraus: Damit sich Amazon-Mitarbeitende nicht organisieren, lässt sie der Konzern sogar bespitzeln.

INTERNE SCHNÜFFLER

Anfang September machte das US-Online-Magazin «Vice» publik, dass Amazon firmeneigene Spioninnen und Spione anheuert. Per Jobinserat suchte der Konzern «Analysten», die betriebsinterne und externe Be-



BIG BROTHER: Der Online-Gigant Amazon lässt Mitarbeitende bespitzeln. FOTO: KEY

drohungen beobachten und auswerten sollten. Als Bedrohung explizit erwähnt: eine «gewerkschaftliche Organisation gegen das Unternehmen». Und das gleich mehrmals, im gleichen

Atemzug mit Terrorismus und geopolitischen Krisen.

Amazon löschte die Inserate sofort. Und behauptete, dass sie «keine genaue Beschreibung der Rolle» enthielten und fehlerhaft gewesen seien. Bloss: Bis zum «Vice»-Bericht waren die Inserate schon mehrere Monate online. Und nur einen Tag später brachte «Vice», gestützt auf interne Dokumente, ans Licht: Amazon überwacht schon seit längerem private Facebook-Posts und Gruppen, in denen sich Mitarbeitende austauschen. Unter anderem, um Streiks und Proteste zu verhindern.

EU REAGIERT

Die Enthüllungen schlagen Wellen, nicht nur in den USA: 15 europäische Gewerkschaften – darunter die Unia – fordern die EU-Kommission mit einem Schreiben zum Handeln auf. Die Behörden sollen untersuchen, ob und wie Amazon seine Mit-

arbeitenden an europäischen Standorten überwacht. Schliesslich ist Amazon ein globaler Player. Und: Mit den ausgeschriebenen Spitzelstellen wurden Mitarbeitende gesucht, die fließend Französisch und Spanisch sprechen. Oliver Roethig vom Gewerkschaftsbund Uni Global Union ist sich sicher: «Das vom reichsten Mann der Welt geführte Unternehmen spioniert einige der am schlechtesten bezahlten Arbeitnehmenden in der EU aus.»

Das befürchten auch mehrere EU-Abgeordnete. Sie verlangen in einem offenen Brief jetzt ebenfalls Antworten – und zwar von Jeff Bezos höchstpersönlich. Mit der freundlichen Erinnerung daran, dass ihn auch seine Mega-Profiten während der Coronakrise nicht davon befreiten, sich an grundlegende Rechte halten zu müssen. Dazu gehört auch die Versammlungs- und Organisationsfreiheit.

Vatikan: Heilige Wut gegen Nationalismus und Profitgier

Die päpstliche Vision

Der Papst hat eine neue Enzyklika – also ein «Lehrschreiben» – veröffentlicht. Es stösst bei Rechten und Reaktionären auf Kritik.

ODILO NOTI*

Clemens Fuest, Professor und Präsident des Münchner Instituts für Wirtschaftsforschung, übt in einem Interview mit der Katholischen Nachrichtenagentur (KNA) harsche Kritik: «Insgesamt bin ich enttäuscht. Es ist richtig, dass der Papst mehr Solidarität mit den Schwachen der Welt einfordert. Es fehlen aber wegweisende Ideen dazu. Gleichzeitig strotzt der Text vor antimarktwirtschaftlicher Ideologie und Fehleinschätzungen über Globalisierung und die Rolle von Privateigentum.» Fuests Aussagen richteten sich gegen den argentinischen Papst und seine Anfang Oktober veröffentlichte Sozialenzyklika «Fratelli tutti – über Geschwisterlichkeit und soziale Freundschaft».



SELFIE MIT DEM PAPST: Franziskus umringt von Gläubigen im Vatikan. FOTO: KEYSTONE

GLOBALISIERUNGS-KRITIK

Es lohnt sich, angesichts der Anwürfe von Clemens Fuest, in ein paar wenigen Strichen die Globalisierungskritik des Papstes zu skizzieren. In einem einleitenden Kapitel heisst es dazu, dass die Gesellschaften der Gegenwart weltweit «Indizien für einen Rückschritt» lieferten. Es ist die Rede vom Siegeszug einer global agierenden Wirtschaft, die sich nicht am Gemeinwohl, sondern am eigenen Profit orientiert. Die Enzyklika nennt unter anderem das Erwachen von «wütenden und aggressiven Nationalismen», das Erstarken von Populismus sowie die Verbreitung eines konsumbesessenen Individualismus und eines kulturellen Kolonialismus. Der Papst beklagt die Relativierung der Menschenrechte, die Spaltung der Welt in eine reiche Minderheit und eine arme Mehrheit, die Zunahme von Gewalt in Gestalt von Kriegen, Fremdenfeindlichkeit und Rassismus und die Zerstörung der Kommunikation durch Hass und Aggressivität

etwa in den digitalen Medien. Ganz generell, resümiert er, mache sich ein Gefühl von Frustration, Einsamkeit und Verzweiflung breit. Auch wenn die Covid-19-Pandemie für eine gewisse Zeit das Bewusstsein der Zusammengehörigkeit aller Menschen über die Grenzen hinweg geweckt habe, drohten nun neue Formen des egoistischen Selbsterhalts.

WIE WOLLEN WIR LEBEN?

Das Fazit zu diesem in dunklen und anklagenden Tönen gezeichneten Panorama: «Die weltweite Gemeinschaft weist schwerwiegende strukturelle Mängel auf, die nicht durch Zusammenflücken oder blosse schnelle Gelegenheitslösungen behoben werden. Es gibt Dinge, die durch neue Grundausrichtungen und bedeutende Verwandlungen verändert werden müssen.» Über diese Neuausrichtung denkt der Papst in seiner Enzyklika nach. Auf seine Weise. Nicht als Ökonom oder Politiker, sondern als religiöser Führer. Deshalb befragt er die ökonomi-

schon Theorien oder Ideologien nach dem Menschenbild, das ihnen zugrunde liegt. Das handelnde Subjekt, das sie voraussetzen, so der Papst, sei der «homo oeconomicus», der immer und überall seinen Vorteil suchende Mensch, der mit diesem Verhalten an-

Der Papst fordert ein Ende des hemmungslosen Kapitalismus.

geblich auch die Gesellschaft weiterbringe. In Tat und Wahrheit würden sie den Menschen ausschliesslich von seinen materiellen Bedürfnissen herdenken und einen verheerenden Individualismus begründen.

DIE WÜRDE DES MENSCHEN

Diesen Ideologien hält Franziskus ein Menschenbild entgegen, wonach der Mensch «am anderen wächst». Gemeinsam ist jedem und allen eine unveräusserliche Würde, aus der sich zwei – durchaus politisch zu verstehende – Prinzipien herleiten: Ge-

schwisterlichkeit und soziale Freundschaft. Sie stehen an der Basis eines alternativen Konzepts von Globalisierung. Es beruht auf der Würde eines jeden, der Solidarität aller – über die nationalen Grenzen hinweg – und dem Entstehen für das Gemeinwohl.

Der Papst weiss, dass er für die skizzierten globalen Probleme nicht einfach eine Lösung bereithält. Deshalb verzichtet er auf einen belehrenden Ton. Er regt zum Nachdenken und zum Dialog an. Auch aus diesem Grund tritt er mit Entschiedenheit für eine offene Gesellschaft und Willkommenskultur ein.

Kurz: Selbst wenn der eine oder andere Gedankengang fremd anmutet, der Papst liefert ein Grundsatzdokument, das sich in aller Klarheit gegen jede Form des Nationalismus richtet und dagegen Ethik und Gerechtigkeit in der Politik einfordert. Das ist nicht wenig.

*Odilo Noti ist Theologe und ehemaliger Leiter der Caritas-Kommunikation.

Bieler Industrie 4.0 Revolution der Arbeit

Kennen Sie sich aus mit Smart Factories, Cloud-Computing oder dem Internet der Dinge? Falls nicht, hilft ein Besuch des Neuen Museums Biel (NMB). Dort fokussiert eine Sonderausstellung voll auf die rasant fortschreitende digitale Revolution. Aber auch auf ihre Vorgängerinnen: die erste industrielle Revolution (Maschinerisierung), die zweite (Automatisierung) und die dritte (Computerisierung). Sie alle prägten und prägen besonders auch die geschäftige Uhrenstadt. Aber wie reagierten die Bieler Arbeiterinnen und Arbeiter auf einst neue Technologien wie die Dampfmaschine oder das Fließband? Das NMB zeigt's.

Ausstellung: **Biel 4.0 – Revolutionen an der Arbeit seit 1800**, Neues Museum Biel, Seevorstadt 52, Eintritt: 11 Franken (AHV/IV: 9 Franken). Podiumsdiskussion: **Roboter – Entlastung oder Job-Killer?** 24. Oktober, 19 Uhr, in der Aula des Technikums Biel, Quellgasse 21. www.nmbiel.ch

Terror seit 1865 Doku zum Ku-Klux-Klan

Oft wird der Ku-Klux-Klan als verwirrter Haufen von kapuzentragenden Hinterwäldlern verharmlost. Eine verblüffende Arte-Doku räumt nun mit diesem Mythos auf. Denn der Klan ist nicht nur eine rassistische Sekte, sondern die älteste Terrororganisation der USA. Mehrere Tausend Schwarze sind von 1865 bis heute von «Klansmännern» gelyncht worden. Und mit seinen einst 4,5 Millionen Mitgliedern war der Geheimbund in den 1920er Jahren die mächtigste Bewegung des Landes. Mit weitreichenden politischen Folgen. Wer den aktuellen Zustand der USA besser verstehen will, muss diese Doku schauen.

Arte-Doku: **Der Ku-Klux-Klan**. Eine Geschichte des Hasses. Frankreich 2019 (2 Teile à 55 Minuten), online unter: rebrand.ly/KKKdoku

Buch: Mutige Frauen Von Basel nach Moskau

In einem Estrich fand die Autorin Beatrice Schmid einen Haufen alter Briefe, Fotos und Dokumente – ein wahrer historischer Schatz, wie sich zeigte. Denn die Papiere stammten von ihrer Grossmutter Marie und ihrer Grosstante Paula, die beide ein äusserst bewegtes Leben hatten. Paula wanderte voller Optimismus von Basel in die junge Sowjetunion aus. Doch im Zuge der Stalinschen Säuberungen wurde ihr Ehemann erschossen, sie kam in den Gulag. Auch Marie war Kommunistin, doch das Schicksal ihrer Schwägerin bewog die Basler Hilfsarbeiterin zum Parteaustritt. Fortan kämpfte sie als Unabhängige für die Emanzipation der Frau. Mit einem fesselnden Buch würdigt Schmid nun die aussergewöhnlichen Biographien ihrer Vorfahrinnen.



Beatrice Schmid: **Du weisst mich jetzt in Raum und Zeit zu finden**. Zwei Frauen zwischen Basel und Moskau. Rotpunktverlag, Zürich 2020, 376 Seiten, mit zahlreichen Bildern, 38 Franken. Lesung in der Buchhandlung Paranoia City, Ankerstrasse 12, Zürich, 25. Oktober, 17 Uhr.

workxl der wirtschaft

Daniel Lampart



DIE AHV AUSBAUEN LOHNT SICH – AUCH WIRTSCHAFTLICH

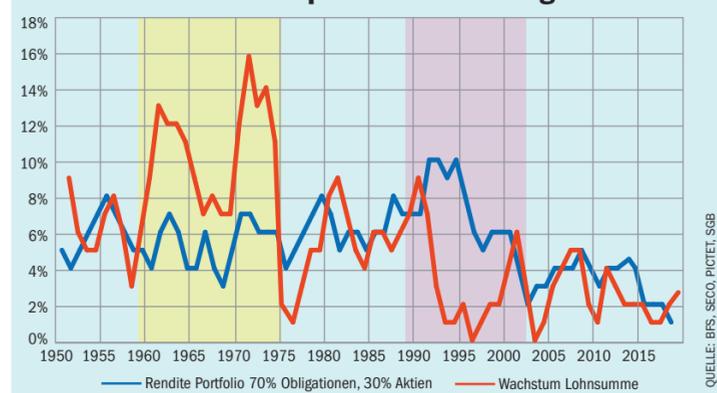
Die Verbindung von AHV und Pensionskasse in der Schweizer Altersvorsorge hat einen Vorteil: Man kann die AHV oder die 2. Säule stärken – je nachdem, welche für den gleichen Beitragsfranken mehr Rente hergibt. Sind die Renditen auf den Sparguthaben in den Pensionskassen tiefer als das Lohnwachstum, so zahlt man die Renten besser direkt aus den Lohnbeiträgen. Wie bei der AHV. Sind die Kapitalerträge hingegen höher als das Wachstum der Lohnbeiträge, so lohnen sich die Pensionskassen mit ihren Anlagen. In der Ökonomie heisst dieser Lohn-Rendite-Vergleich «Aaron-Samuels-Bedingung».

FLORIERENDE WIRTSCHAFT. In der Wirtschaftsgeschichte lösen sich diese Phasen ab. Bis Mitte der 1970er Jahre war das Lohnwachstum wesentlich höher als die Kapitalerträge. Das damalige Bretton-Woods-System legte den Finanzmärkten gewisse Ketten an. Der Kapitalverkehr war eingeschränkt, und die Wechselkurse waren fixiert. Die Wirtschaft prosperierte. Bis das

System auseinanderfiel und die USA mit sehr hohen Zinsen die Inflation bekämpften und Arbeitslosigkeit verursachten. In den 1990er Jahren boomten hingegen die Finanzmärkte. Die Kapitalerträge warfen mehr ab als die Lohnbeiträge. Die Schweizer Altersvorsorge folgte dieser Entwicklung im grossen und ganzen. In den 1970er Jahren haben National- und Ständerat die AHV-Renten mehr als verdoppelt. In den 1990er Jahren wurden die Pensionskassen ausgebaut. In Zukunft dürfte die Finanzierung über Lohnbeiträge wieder überlegen sein. Denn auf den Kapitalmärkten ist nicht mehr viel zu holen. Die Pensionskassenexperten rechnen für die nächsten Jahre mit einer Rendite von 1,5 bis 2 Prozent. Die Erwartungen in Bezug auf das mittelfristige Wachstum der Lohnbeiträge sind hingegen etwas positiver. Hier wird – nach Corona – mit einem Anstieg von rund 2,5 Prozent gerechnet.

AHV x 13! Teilweise geht die Politik bereits in die richtige Richtung. Die Sozialpartner haben einen Kompro-

Lohnwachstum und Kapitalrendite im Vergleich



missvorschlag bei der 2. Säule ausgehandelt, der eine Umlagekomponente von 200 Franken pro Kopf und Monat einführen will. Sie soll über Lohnbeiträge finanziert werden. Bei der AHV läuft es hingegen noch falsch. Der Bundesrat will das Rententaler der Frauen von 64 auf 65 Jahre erhöhen, wodurch die Frauen weniger Rente haben werden. Denn

wer sich weiterhin mit 64 pensionieren lassen will, muss starke Einbussen hinnehmen. Allerdings sammelt der SGB Unterschriften für eine Volksinitiative für eine 13. AHV-Rente. Diese ist die richtige Antwort, um die Rentenprobleme zu lösen.

Daniel Lampart ist Chefökonom des Schweizerischen Gewerkschaftsbunds (SGB).



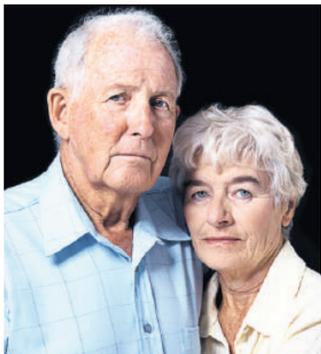
Regula Dick
von der Unia-Rechtsabteilung
beantwortet Fragen
aus der Arbeitswelt.

**Das
offene
Ohr**

Ergänzungsleistungen: Muss unsere Tochter sie zurückzahlen?

Ich bin IV-Rentner. Meine Frau hat nur einen kleinen Lohn als Aushilfe. Unser Einkommen reicht nicht. Daher erhalten wir seit drei Jahren Ergänzungsleistungen. Was heisst das für meine Frau und unsere Tochter, wenn ich sterben sollte? Ich habe gehört, dass ab nächstem Jahr die Erben Ergänzungsleistungen zurückbezahlen müssen. Stimmt das?

REGULA DICK: Ja, aber nur unter gewissen Bedingungen und nur Ihre Tochter. In Zukunft müssen auch rechtmässig bezogene Ergänzungsleistungen aus der Erbschaft zurückbezahlt werden, sofern diese 40 000 Franken übersteigt (sogenannter Freibetrag). Es geht



SCHWERES ERBE: Ehegatten müssen Ergänzungsleistungen nicht zurückbezahlen, Kinder unter gewissen Umständen schon.

dabei um die Ergänzungsleistungen, die eine Person in den letzten 10 Jahren vor ihrem Tod bezogen hat. Zudem gilt das nur für Ergänzungsleistungen, die nach dem 1. Januar 2021 bezogen wurden. Ausserdem wird die Rückzahlung bei Ehepaaren erst nach dem Tod des zweiten Ehegatten fällig. Für Sie heisst das, dass Ihre Tochter die Ergänzungsleistungen, die Sie und Ihre Ehefrau ab nächstem Jahr beziehen, aus der Erbschaft zurückbezahlen muss, wenn das Erbe höher als 40 000 Franken ist. Und nur für die letzten 10 Jahre vor dem Tod.

AHV-Alter: Endet mit der Pensionierung der Arbeitsvertrag?

Ich werde am 12. Dezember 2020 65 Jahre alt. Endet für mich mit dem Erreichen des AHV-Rentenalters auch der Arbeitsvertrag?

REGULA DICK: Nein. Die Erreichung des AHV-Rentenberechtigungsalters bedeutet nicht automatisch das Ende des Arbeitsvertrages. Das Arbeitsverhältnis endet nur dann automatisch, wenn dies in Ihrem Arbeitsvertrag, in einem Personalreglement oder im Gesamtarbeitsvertrag ausdrücklich so vorgesehen ist. Andernfalls müssten Sie weiterhin arbeiten. Ihre erste AHV-Rente erhalten Sie nicht schon im dem Monat, in dem Sie das AHV-Rentenalter erreichen, sondern erst für den darauffolgenden Monat. Sofern in Ihrem Arbeitsvertrag, Gesamtarbeitsvertrag oder Personalreglement nichts steht, sollten Sie Ihren Arbeitsvertrag per Ende Dezember schriftlich kündigen. Denken Sie bitte daran, dass Sie Ihre AHV-Rente einige Monate, am besten drei bis vier, im voraus beantragen sollten.

Whistleblowing: Wer Missstände meldet, geht Risiken ein

Ich gegen die Firma – das ist

Wer für eine Firma arbeitet, muss ihre Geheimnisse wahren. Unter Umständen sogar, wenn sie finster sind. So können Sie Missstände melden, ohne gleich Kopf und Kragen zu riskieren.

MARTIN JAKOB

Erinnern Sie sich an Christoph Meili? Der Wachmann liess 1997 auf einem Kontrollgang durch die Schweizerische Bankgesellschaft (heute UBS) alte Kontobücher mitgehen, informierte die Medien und übergab die Akten der Zürcher Polizei. Meili wurde zum internationalen Star, und sein Fund löste einen Rechtsstreit um nachrichtenlose Vermögen jüdischer Personen aus der Zeit des Holocausts aus, der mit einer Vergleichszahlung der Schweizer Banken in Milliardenhöhe endete. Gegen Meili wurde wegen Verletzung des Bankgeheimnisses ermittelt, er erhielt Asyl in den USA, lebte dort bis 2009 und kehrte dann in die Schweiz zurück. Noch immer verfolgt ihn die Affäre: «Ich werde heute noch als Landesverräter bezeichnet», sagt er in der Dokumentation seines Falls (siehe www.offenerechnungen.ch).

ACHTUNG, MEDIEN!

Whistleblowing-Affären wie diese enthalten alle Elemente eines Skandals und sind deshalb begehrte Medienstoffe. Das Heldenhafte: Eine Einzelperson stellt sich gegen eine machtvolle Institution. Das Kriminelle: Die Institution steht im Verdacht, gegen Gesetz oder gute Sitten verstossen zu haben. Das Tragische: Whistleblower riskieren den Verlust ihrer Stelle und eine Minderung ihrer beruflichen Chancen, zudem oft ihre Privatsphäre und ihren guten Ruf.

HEHRE ABSICHT

Heisst das: Finger weg vom Whistleblowing? Klären wir zunächst den Begriff: «Whistleblowing», übersetzen wir dafür nicht mit «Verpfeifen», sondern mit «einen Hinweis geben», und zwar auf einen Missstand innerhalb einer Organisation. Das kann Korruption sein, ein Vermögensdelikt, Steuerbetrug, aber auch Misshandlung anvertrauter Personen (zum Beispiel in einem Pflegeheim) oder eine Verletzung des Gleichstel-

lungsbots. Wenn Sie in Ihrer Firma von solchen Vorgängen erfahren, regt sich Ihr Rechtsempfinden. Sie finden: Es wäre im Interesse der ganzen Gesellschaft, dass das unrechte Handeln unterbunden würde. Sie finden: Es muss doch eine Meldestelle geben, die den Vorwurf prüft und Schritte einleitet, mich aber vor Rache und Verfolgung schützt.

TRAURIGE REALITÄT

Gut gedacht, aber zu optimistisch. Die Schweiz zumindest kennt bis heute kein Gesetz zum Whistle-

Die «allgemeine Treuepflicht» wird zum Maulkorb.

blowing (siehe Text rechts). Als Behelf dienen unspezifische Bestimmungen. Vor allem Artikel 321 im Obligationenrecht. Er unterstellt Arbeitnehmende der allgemeinen Treuepflicht: Sie haben alles zu unterlassen, was die Firma schädigen könnte. Ihre Geheimhaltungspflicht geht so weit, dass sie auch Straftaten und Verstösse einschliesst, sofern an ihrer Offenlegung kein höherwertiges Interesse besteht.

Fällt der Missstand, den Sie melden wollen, nun unter ein «höherwertiges Interesse» oder nicht? Gültig beurteilen müssen das die Gerichte – bis zum Urteil bewegen Sie sich im rechtsunsicheren Raum. Und falls Ihnen wegen Whistleblowing gekündigt wird, ist dieser Rauschmiss unwiderruflich. Sie können höchstens auf missbräuchliche Kündigung klagen und erhalten im günstigen Fall bis zu sechs Monatslöhne zugesprochen.

INSELLÖSUNGEN

Immerhin haben etliche Firmen wie auch der Bund und eine wachsende Zahl von Kantonen und Gemeinden begriffen, dass ein internes Meldesystem zu ihrem Vorteil ist: Es hilft, Vorgänge aufzude-



WORKTIPP

ZIEHEN SIE DIE UNIAS VERTRAUEN

Als Gewerkschaftsmitglied sind Sie es gewohnt, Ihre Firma loyal, aber mit kritischen Augen zu sehen. Verstösst sie gegen Regeln des Arbeitsrechts, schützt sie die Mitarbeitenden ungenügend gegen gesundheitliche Gefahren, Mobbing, sexuelle Belästigung? Besprechen Sie sich mit anderen Mitgliedern und nehmen Sie Beratung durch die Unia in Anspruch. Sie haben ein Recht darauf.

cken, die dem Unternehmen schaden, und es beugt der unkontrollierbaren Skandalisierung in der Öffentlichkeit vor. Der Bund hat bei der Eidgenössischen Finanzkontrolle (EFK) eine Meldestelle für Bundesangestellte eingerichtet, die Hinweisen nachgeht. Wer einen Hinweis einreicht, bleibt als Person geschützt und muss keine Nachteile fürchten. Nach einer

EINE HEIKLE AKTION: «To blow the whistle» –

Studie der Hochschule für Technik und Wirtschaft Chur von 2019 haben mittlerweile auch rund 70 Prozent der grossen Firmen (über 250 Angestellte) und rund 50 Prozent der KMU (20 bis 250 Angestellte) eine interne Meldestelle geschaffen. Allerdings: Mangels gesetzlicher Vorgaben sind die Firmen frei, wie sie diese Meldestelle gestalten und wie gut sie meldende Mitarbeitende effektiv gegen Nachteile schützen.

WIE VORGEHEN?

Der Missstand in Ihrer Firma bedrückt Sie. Das Wichtigste: Spielen Sie nicht gleich Herr oder Frau Winkelried! Und wenden Sie sich nicht direkt an die Medien. Transparency International Schweiz hat



PIEKES! Der Impfstoff besteht aus inaktivierten Grippeviren, die das Immunsystem zur Bildung von Antikörpern anregen. Die Schutzwirkung baut sich innert 14 Tagen auf. FOTO: GETTY

Am 6. November ist nationaler Das Risiko sinkt,

Gegen das Coronavirus gibt's noch keine Impfung. Gegen die Grippe schon. Sie schützt nicht jedes Jahr gleich gut. Impfen oder nicht?

MARTIN JAKOB

1 Was unterscheidet die Grippe von Covid-19?

Das Coronavirus Sars-CoV-2 und die Grippeviren gehören zu unterschiedlichen Virenstämmen. Sie verursachen aber ähnliche Symptome: Fieber, Frösteln, Husten, Kopf-, Hals-, Muskel- und Gliederschmerzen. Während diese Symptome bei der Grippe meist schlagartig auftreten, verschlimmert sich die Corona-Infektion eher langsam über einige Tage. Pro Jahr erkranken in der Schweiz zwischen 100 000 und über 300 000

Personen an der Grippe, bis zu 1500 Personen sterben an Komplikationen. Die jährliche Grippeperiode dauert von etwa Mitte Dezember bis April. Das Sterberisiko bei Grippe liegt in der Schweiz im Promillebereich, bei der Corona-Erkrankung bisher um die 3 Prozent. Hauptbetroffene sind in beiden Fällen Menschen über 65 Jahre oder mit Vorerkrankungen. Das Coronavirus scheint ansteckender zu sein als das Grippevirus: Eine infizierte Person steckt zwei bis drei andere an, bei der Grippe sind es ein bis zwei.

2 Wer soll sich impfen lassen – und wann?

Das Bundesamt für Gesundheit empfiehlt die Grippeimpfung dieses Jahr allen älteren Menschen, chronisch Kranken und

ein heisser Lauf



RÜCKSTÄNDIGE SCHWEIZ

PRAKTISCH VOGELFREI

Die Schweizer Gesetzgebung zum Schutz von Whistleblowern kommt nicht vom Fleck. In diesem Frühjahr hat der Nationalrat bereits zum zweiten Mal eine Vorlage des Bundesrats abgelehnt. Martin Hilti, Geschäftsführer Transparency International Schweiz: «Vor ein paar Jahren bewegte sich die Schweiz mit ihren rechtlichen Bestimmungen zum Whistleblowing im europäischen Vergleich noch im Mittelfeld, inzwischen ist sie deutlich zurückgefallen.»

EU BESSER. Mit ihrer «Richtlinie zum Schutz von Personen, die Verstösse gegen das Unionsrecht melden», hat die EU einen grossen Schritt nach vorn getan. Die Mitgliedstaaten müssen die Richtlinie per Ende 2021 umsetzen. Ab dann dürfen Personen, die Verstösse gegen das Recht in guten Treuen melden, keine Nachteile mehr entstehen. Rachekündigungen gegen Whistleblower sind zum Beispiel nichtig. Zudem müssen alle Firmen mit über 50 Angestellten Meldestellen einrichten.

MEHR SCHUTZ. Luca Ciriigliano, Zentralsekretär des Gewerkschaftsbunds, ist über den Absturz der bundesrätlichen Vorlage nicht unglücklich. Sie habe ihre Ziele verfehlt. Aus Sicht der Gewerkschaften ist die Forderung klar: «Wichtig ist, dass der Whistleblowerschutz einhergeht mit einem effektiven Kündigungsschutz. Zentral dabei ist, dass solche Kündigungen nichtig sind. Der Schutz in der Schweiz bei missbräuchlichen Kündigungen, zum Beispiel gegen gewerkschaftlich aktive Mitarbeiter, muss allgemein verbessert werden.»

einen Leitfaden zusammengestellt (**Transparency.ch**):

- **Selbstprüfung.** Ist Ihnen die Sache wichtig genug, um Nachteile für sich selbst in Kauf zu nehmen?
- **Dokumentieren.** Halten Sie Fakten schriftlich fest und protokollieren Sie von Anfang an, was Sie unternehmen.
- **Konsultieren.** Besprechen Sie sich mit Personen Ihres Vertrauens. Unterbreiten Sie Ihr Anliegen allenfalls einer Person mit Rechtskenntnissen oder einer Ombudsstelle.
- **Melden.** Hat Ihre Firma eine Meldestelle eingerichtet? Andernfalls müssen Sie den Dienstweg einhalten, es sei denn, Ihr Vorgesetzter sei selber in den Missstand verwickelt. Die interne Meldung muss stets Ihr erster Schritt sein – erst,

wenn die Firma nicht innert zentraler Frist reagiert, sollten Sie sich an die Behörden wenden.

● **Medien als letztes Mittel.** Falls Sie mit dem Vorgehen der Behörden nicht einverstanden sind und Sie sich an die Öffentlichkeit wenden: Lassen Sie sich nur mit einem

Vermeiden Sie Alleingänge. Unterstützung und Beratung tun gut.

Medium ein, wenn es Ihnen, falls von Ihnen gewünscht, auch Anonymität zusichert. Wählen Sie hingegen bewusst die Offenheit und wollen namentlich für Ihr Anliegen eintreten, müssen Sie sich bewusst sein: Es gibt kein Zurück.

saldo tipp im work

Dieser Text stammt aus der Zeitschrift für Konsumentenschutz «Saldo».



GHOSTBUSTER AM WERK. Mit der richtigen Spezialsoftware rücken Sie unerwünschter Software zuleibe. FOTO: DREAMSTIME

Weg mit unerwünschten Programmen!

Es ist schnell passiert: Wenn Sie während der Installation von Gratisprogrammen nicht aufpassen, können sich weitere Programme auf den Computer schmuggeln. Diese schaden meist nicht – aber auf einmal erscheinen Werbefenster, oder die Startseite des Browsers ändert sich. Der Grund: In einem Fenster bei der Installation steht im Kleingedruckten, dass Sie der Installation von weiterer Software zustimmen. Davor ist ein Häkchen gesetzt.

Spezialsoftware bringt lästige Werbefenster zum Verschwinden.

LÖSCHAKTION. Und so werden Sie die Software wieder los: Versuchen Sie zunächst, das Programm normal zu deinstallieren. In Windows klicken Sie auf das Zahnrad-symbol im Startmenu, um die Einstellungen zu öffnen. Dort wählen Sie Apps. Beim Mac löschen Sie das Programm aus dem Programmordner. Nützt dies nichts, hilft Spezialsoftware weiter. Für den PC eignet sich der AdwCleaner (saldo.ch/adwcleaner). Per Mausklick lässt sich der Computer scannen. Unerwünschte Programme können Sie danach in «Quarantäne» verschieben. Das heisst: sie werden noch nicht gelöscht, sondern nur deaktiviert. Wenn Sie möchten, können Sie sie später definitiv löschen. Für den Mac eignet sich Malwarebytes (saldo.ch/malwarebytes). Die Kaufversion ist nicht nötig: Klicken Sie auf «Jetzt herunterladen» und beim ersten Start auf «Kostenlose Version verwenden». Ihre Mailadresse müssen Sie nicht angeben. MARC MAIR-NOACK

Grippeimpftag. Was Sie dazu wissen müssen. aber nicht auf null

Schwangeren sowie Kindern und Säuglingen ab 6 Monaten. Zusätzlich sollte sich impfen lassen, wer mit Menschen aus diesen Gruppen regelmässig enge Kontakte hat.

3 Wie funktioniert die Grippeimpfung?

Grippeviren sind schlau: Sie verändern immer wieder ihre Form. Deshalb entwickeln die Pharmaunternehmen den Impfstoff jedes Jahr neu. Nicht jedes Jahr stimmt der Wirkstoff-Cocktail mit den tatsächlich kursierenden Grippeviren optimal überein, die Wirksamkeit schwankt deshalb von Jahr zu Jahr. Sie dürfte nach heutigem Wissensstand im Mittel bei etwa 60 Prozent liegen. Generell ist der Impfschutz bei älteren Personen schwächer als bei jüngeren.

Der Impfschutz setzt etwa zwei Wochen nach der Impfung ein und hält rund ein halbes Jahr. Harmlose Nebenwirkungen wie vorübergehendes Unwohlsein treten in 5 bis 10 Prozent der Fälle ein, schwere Nebenwirkungen wie Atembeschwerden oder Ausschläge sind sehr selten.

4 Kann die Impfung angeordnet werden?

Die Schweiz kennt keinen Impfwang. Kantone können bei akuten Bedrohungslagen Impfpflichten aussprechen, aber auch dann bleibt straffrei, wer sich nicht ans Obligatorium hält. Auch die Firma kann ihre Mitarbeitenden nicht zur Impfung zwingen. Es sei denn, es handle sich um Berufsgruppen wie das Personal in Spitälern,

das schwerkranke Menschen pflegt. Eine Impfung anzuordnen, nur um das Risiko von krankheitsbedingten Absenzen zu verringern, ist aber nicht gestattet.

5 Wo impfen und zu welchem Preis?

Sowohl Arztpraxen als auch Apotheken (alle Kantone ausser AI, AR und TI) bieten Grippeimpfungen an. Alle Informationen dazu finden Sie auf www.impfengegengrippe.ch. Am nationalen Grippeimpftag vom 6. November gilt ein Pauschalpreis von 30 Franken, ansonsten gelten Preise zwischen 30 und 40 Franken. Die Grundversicherung der Krankenkasse übernimmt in der Regel die Kosten für über 65jährige sowie für Risikopersonen.

PRÄVENTION IM ALLTAG

SCHUTZ VOR GRIPPE

Den meisten dürfte es dieses Jahr leichter fallen, sich und die Mitmenschen gegen eine Ansteckung mit Grippe zu schützen. Die wichtigsten Regeln sind nämlich die gleichen wie jene für die Corona-Prävention: gründlich Hände waschen, ins Taschentuch oder in die Armbeuge husten und niesen, Abstand halten oder Maske tragen und bei Symptomen zu Hause bleiben.

Stiftinnen und Stifte fragen – die Unia rät **Arbeitslos nach der Lehre: Was tun?**

Ich habe im Sommer meine Lehre als Anlagenführerin beendet. Ursprünglich hätte ich noch ein Jahr als Festangestellte bleiben dürfen. Leider habe ich jetzt wegen Corona nur einen befristeten Vertrag bis Ende Oktober erhalten, danach droht die Arbeitslosigkeit. Was soll ich tun?

« So jung im Erwerbsleben mit Arbeitslosigkeit konfrontiert zu werden ist sicher nicht einfach. Viele Jugendliche und junge Erwachsene sind in der jetzigen Covid-19-Situation davon betroffen. Ich rate dir dringend, dich



Aude Spang, Jugendsekretärin.

frühzeitig, spätestens aber am ersten Werktag der Arbeitslosigkeit bei der Gemeinde oder beim zuständigen regionalen Arbeitsvermittlungszentrum (RAV) zu melden. Als Lehrabgängerin hast du Anspruch auf maximal 400 Taggelder. Noch wichtiger ist aber, dass dich das RAV bei deiner Stellensuche unterstützt. Dazu gehören neben Informations- und Weiterbildungskursen auch spezielle Bildungs- oder Berufspraktika und Beschäftigungsprogramme für junge Arbeitslose. Informiere dich darüber beim RAV oder bei der Unia-Arbeitslosenkasse.»

Hast auch du eine Frage an die Unia-Jugendsekretärin? Schreib an lehre@unia.ch

WORKPOST



WORK 16 / 2.10.2020: EMILIE LIEBERHERR: ANIMAL POLITIQUE

Neues Buch

Zwei Zusatzinformationen zum Beitrag über Emilie Lieberherr: Am 7. Februar 2021 wird in Erstfeld eine Emilie-Lieberherr-Strasse eingeweiht. Über sie gibt es auch eine aktuelle Biographie: «Emilie Lieberherr – Pionierin der Schweizer Frauenpolitik» von Trudi von Fellenberg-Bitzi.

BRUNO BOLLINGER, ERSTFELD UR

WORK 16 / 2.10.2020: RECHTE DREHEN IM BRAUNEN

Jetzt ist genug, Herr Glarner!

Herr Glarner, nach Ihren unqualifizierten verbalen Äusserungen an der Klimademo in Bern ist die Zeit gekommen, dass Sie sich aus allen öffentlichen Ämtern zurückziehen. Zum Wohle der Schweiz.

F. TANGUENZA, RINIKEN AG

WORK 16 / 2.10.2020: «UNSERE ANLIEGEN KANN MAN NICHT WEGRAUMEN»

Es geht locker mit weniger

«Die Klimabewegung ist wichtiger als das Virus. Letzteres werden wir sicher überleben, den Klimaschaden wohl nur schwer – wenn nicht umgehend alle handeln. Die Natur braucht uns nicht, selbst wenn wir sie zuerst noch zerstören. Elektromobilität? – alter Wein in neuen Schläuchen! Shopping in Mailand per Flieger? Euer Ernst? Runter mit den Fliegern! Weniger Arbeiten – mehr Zeit haben, weniger Geld, um nutzlosen Kram zu kaufen – die «Covid-Ferien» schon vergessen? Es geht locker mit weniger.

PAUL DORN, ZÜRICH

WORK 16 / 2.10.2020: DIE SCHWEIZERISCHE VERLIERERPARTEI

Nicht leninistisch

work schreibt über Blocher: «Er übernahm die SVP Schritt für Schritt. Wandelte sie im Lauf der Jahre in eine straff leninistische Partei.» Da muss man/frau erst mal leer schlucken. Lenin stand für die Befreiung der Arbeitenden von Ausbeutung und Unterdrückung durch den Kapitalismus. Dies wurde möglich, weil die Partei der Bolschewiki eng mit der Arbeiterklasse und den armen Bauern verbunden war. Blochers Partei ist gegen die Interessen der Arbeiterinnen und Arbeiter. Selbst wenn work mit «leninistisch» im Zusammenhang mit der SVP «nur» den internen Aufbau der Partei meinen sollte, provoziert das grosse Missverständnisse.

Denn der Begriff von der «leninistischen Partei SVP» ist Ausdruck der reaktionären «Hufeisentheorie» von «Links=Rechtsextrem» und sollte in einer Gewerkschaftszeitung nicht zu suchen haben.

THOMAS BOLLINGER, PER MAIL

Gut gemacht!

Bravo! Die beste und vollständigste Analyse der Blocher-Jahre überhaupt, brillant geschrieben. Der kompakte und gut verständliche Artikel gehört in sämtliche Schulbücher.

STEFAN HILBRAND, VIA WORKZEITUNG.CH

WORK 15 / 18.9.2020: «WENN DER CHEF SCHREIT, HÖRT IHN DAS HALBE DORF»

Bei Indosa schikaniert

Ich danke Ihnen von Herzen für diesen Artikel. Mein Mann hat selbst dort gearbeitet – und uns fehlen nach wie vor weit über 20000 Franken, weil von heute auf morgen nichts mehr bezahlt wurde. Sogar die Kinderzulagen wurden bis Ende 2019 von der Firma behalten. Schliesslich musste mein Mann selbst kündigen, und das, obwohl wir damals gerade zum zweiten Mal Eltern geworden waren. Wir überlegen nach wie vor, ob wir vor Arbeitsgericht gehen sollen. Dabei fing alles gut an: Er wurde als Projektleiter Konstruktion eingestellt – und war innert zweier Wochen dann bereits Assistent des Chefs. Mein Mann hatte Mitgefühl für den Herrn, der sich so mit seinen Söhnen zerstritten hatte, und er mochte die anderen Mitarbeitenden sehr. Es war auch alles gut – bis Frau

M. zurückkam. Von meinem Mann wurde plötzlich verlangt, dass er versteckte Kameras aufhängen solle, was er aber nicht tun wollte, weil das schlicht illegal ist. Das war's dann für ihn. Dass diese Dame überhaupt noch frei rumlaufen darf, halte ich für einen riesigen Skandal. Da wurden sich Löhne doppelt, manchmal sogar dreifach selbst ausgezahlt, offiziell ausgewandert und keine Steuern mehr bezahlt, Mitarbeiter bespitzelt usw. Offiziell war sie in U-Haft, aber das weiss niemand so genau. Eine Farce. Es ist wahnsinnig schade, dass ein ehemals so innovativer Konzern mit guten Produkten so agiert.

MANUELA HOFER-AGGELER, PER MAIL

WORK 16 / 2.10.2020: ROSA ZUKUNFT

Verteidigung, nicht Angriff

Ich weiss nicht, was dieser Artikel soll: In der Vorlage ging es um die Verteidigung des Luftraums. Drohnen sind reine Angriffswaffen. Bin zwar langjähriges Smuv/Unia-Mitglied, das heisst aber noch lange nicht, dass ich die Abstimmungsparolen der Unia übernehme – bilde mir meine eigene Meinung, unabhängig von Parteiparolen.

WALTER BINZ, PER MAIL

Schnell in Deckung

Drei Fehler in zehn Zeilen: Im Link zu diesem Artikel in der work-Druckausgabe hat es der/die anonym Schreibende geschafft, in zehn Zeilen unter dem Titel «gripen-trauer» rekordver-

dächtige drei Fehler reinzupacken: 1. Werde ich nirgends «Nick Knatterton» genannt (ausser vor Jahrzehnten von genau einem Menschen manchmal, von Peter Bodenmann). 2. War ich nie «Panzerhauptmann der Schweizer Armee». Ich war und bin Milizoffizier. 3. Steht im Artikel nirgends, dass ich das Nein zum schwedischen Gripen «bedauern» würde. Da steht vielmehr, dass die SP (bei der ich nie Mitglied war) das noch bedauern könnte, weil sie in den Räten in Bern stets stramm mit dem Freisinn für die Nato-Anbindung unserer Armee stimmt. Und nun Amherds Nato-Kampfbomber bekämpfen musste, der eine Folge genau dieser unsinnigen «Partnerschaft» ist. Steht zu hoffen, dass der/die Rekordverdächtige selber nicht auch noch «Panzerhauptmann der Schweizer Armee» ist. Sonst müssten alle schnell in Deckung gehen und könnten zusehen, wie er oder sie sich in den eigenen Fuss schiesst.

NIKLAUS RAMSEYER, PER MAIL

WORK 15 / 18.9.2020: DER BUND MUSS WIEDER ÜBERNEHMEN!

Kritisch, aber korrekt

Ich schliesse mich dem Leserbrief von Herrn Walser (work Nr. 16) an. Auch ich empfind die Beschimpfung von work als unschön. Die Protestierenden sind keine homogene Gruppe von sogenannten «Rechten und Linksesoterikern». Vielleicht haben diese kritischen Stimmen etwas Wesentliches zu sagen? Unter anderem, dass es dringend nötig ist, hinzuschauen, wie wir mit diesem Planeten und miteinander umgehen? Ich wünsche mir, dass work weiterhin kritisch berichtet aber auf Beschimpfungen verzichtet, diese bringen unsere Gesellschaft nicht weiter.

CATHRIN KAUFMANN, ZÜRICH

INSERAT

MOVENDO

Als Personalvertretung unterwegs in der agilen Arbeitswelt

Fachtagung Movendo

Freitag, 27. November 2020, 9–17 Uhr, Hotel City, Biel

Wo ist der Arbeitgeber, der sich nicht agil nennt? Wo gibt es noch die Arbeitnehmerin, die sich nicht in ihrer E-Mail-Signatur als Scrum-Masterin bezeichnet? Agilität verändert unsere Art der Zusammenarbeit. Dies hat Einfluss auf Arbeitsprozesse und Hierarchien innerhalb von Unternehmen. Wie kann eine Personalvertretung ihre Rolle wahrnehmen, wenn selbstorganisierte Teams den Patron ablösen? Wie kann eine Personalvertretung ihren Handlungsspielraum nutzen, wenn ein iteratives Vorgehen gewählt wird?

Referierende

Anna-Lena Majkovic, Wissenschaftliche Mitarbeiterin, Zürcher Hochschule für Angewandte Wissenschaften (ZHAW)

Corina Stofer, Senior Personal- und Organisationsentwicklerin, Post AG

Susanne Krüger, ICT Application Manager und Vizepräsidentin der Personalvertretung INI, Swisscom AG

Andreas Zeuch, Gründer und Gesellschafter der unternehmensdemokraten

Paul Carduck, Gesellschafter der unternehmensdemokraten

Peter Lüthi, Kursleiter Movendo und selbständiger Berater

Tagungsmoderation

Maurizio Maggetti-Waser, Ausbildungsleiter Movendo

Wir freuen uns auf deine Anmeldung!

Movendo • Monbijoustrasse 61 • 3007 Bern • 031 370 00 70
info@movendo.ch • www.movendo.ch

UNIA

Vierter ordentlicher Kongress der Gewerkschaft Unia

Auf Beschluss des Zentralvorstands findet der vierte ordentliche Kongress der Gewerkschaft Unia aufgrund der Covid-19-Pandemie neu vom 3. bis 5. Juni 2021 in Biel statt. Der Kongress steht unter dem Motto:

Höchste Zeit!

Themen werden sein:

- Tätigkeitsbericht und Bilanz Strategie 2016–2020
- Strategische Ziele 2021–2024

Positionspapiere zu:

- «Starke Arbeitnehmendenrechte – für alle gleich!»
- «Respekt, mehr Lohn, mehr Zeit!»
- «Ökosozialer Umbau!»
- «Solidarisch aus der Krise»

Der Kongress wählt zudem die Geschäftsleitung und die Mitglieder des Zentralvorstands. Antragsberechtigt sind gemäss Statuten: die Regionen (und die Sektionen durch ihre Regionen), die Sektoren (und die Branchen durch ihre Sektoren), die Interessengruppen, die Delegiertenversammlung, der Zentralvorstand und die Geschäftsleitung.

Anträge zu eigenständigen Geschäften sowie Wahlvorschläge sind bis spätestens am 28. Februar 2021 schriftlich einzureichen.

Von A wie Auskunft bis Z wie Zundhölzli: Das alles gibt's bei Giulia Bezio (20).

«Jeder Kiosk hat eine eigene Dynamik»

Giulia Bezio steht in ihrem Kiosk tagtäglich einem Spiegel der Gesellschaft gegenüber.

ANNE-SOPHIE ZBINDEN | FOTOS MATTHIAS LUGGEN

«Wir sind Bank, Telecom, Post und Auskunftsbüro, alles in einem!» sagt Giulia Bezio (20). Hauptsächlich verkauft sie zwar Dinge wie Schleckzeug, Kaugummi oder Heftli in einem Valora-Kiosk in einem Einkaufszentrum. Doch ihre Aufgaben als Verkäuferin sind vielfältig: Bevor sie morgens den Kiosk für die Kundinnen und Kunden öffnet, legt sie Zeitungen und Magazine bereit, etikettiert neue Ware und räumt sie in die Regale, zählt das Geld der Lösli vom Vortag ab und schaut, dass die Werbung richtig plaziert ist. Giulia Bezio streicht eine Dreadlock-Strähne hinter das Ohr und lacht: «Nein, langweilig wird es mir nicht! Und ich erfahre immer wieder Neues, was wir am Kiosk auch noch anbieten.» Denn neben diesen eher klassischen Kiosk-Aufgaben gibt Bezio Modems raus, verkauft SIM-Karten, Fernbedienungen, nimmt Päckli entgegen (etwa Firmen-Rücksendungen). Und sie ist auch so etwas wie eine Bank: bei ihr können Kundinnen und Kunden Prepaid-Karten kaufen oder Geld beziehen.

VIELE GEDANKEN. Erzählt Bezio anfangs noch etwas zurückhaltend, wird sie sehr lebhaft, sobald es um die Kundschaft geht, um die Menschen: «Das Schöne an meinem Job sind die vielfältigen Kontakte.» Jeder Kiosk habe eine eigene Dynamik. Eine Zeitlang arbeitete sie in einem Bahnhofskiosk. Auch dort gebe es zwar Stammkunden, doch gerade in den Stosszeiten sei die Zeit für Gespräche natürlich sehr knapp. Die meisten möchten einfach noch schnell ihre Zigaretten, ihren Kaffee oder ihren Energy-Drink mit in den Tag nehmen. Bezio sagt: «Als Kioskverkäuferin stehe ich täglich einem Spiegel der Gesellschaft gegenüber, begegne Frauen und Männern jeglichen Alters, Einkommensschichten, Kulturen.» Sie könne sich viele Gedanken machen über die Menschen und ihre Reaktionen. Zum Beispiel zu den Auswirkungen der Pandemie: «Am Kiosk habe ich bemerkt, dass viele Leute durch Corona einsamer geworden sind.» Und sie hofft, dass Verkäuferinnen, Pflegerinnen oder Betreuerinnen, also schlechtbezahlte Frauenberufe, jetzt endlich mehr Wert für die Gesellschaft erhielten. Bezio: «Ich finde, der Wert der Arbeit sollte daran gemessen werden, wie viel sie der Gesellschaft nützt.»

OFFENES OHR. Interessant auch Bezios Begegnungen mit den verschiedenen Generationen: «Ältere Menschen, sagen wir mal über 70, sind in aller Regel höflich und respektvoll und haben ein Gspüri dafür, dass sich die Zeiten geändert haben.» Da war

beispielsweise diese ältere Frau, die sich nicht sicher war, ob sie ein Papier-Sachet annehmen durfte wegen der Umwelt. Aber viele Leute ungefähr Mitte 50 hätten dieses Gspüri weniger. Bezio: «Sie erwarten, dass alles jederzeit einwandfrei funktioniert. Vielleicht liegt das daran, dass sie in eine Zeit des wirtschaftlichen Aufschwungs hineingeboren wurden.» Oder da ist diese gehörlose Frau, die sich klarer ausdrücken könne als viele, die sprechen könnten. «Das hat mich motiviert, ein paar Worte in Gebärdensprache zu lernen!» Und dann gibt es viele Kundinnen und Kunden, die einfach froh sind, dass Bezio ihnen hilft und auch mal ein offenes Ohr für ihre Sorgen und Nöte hat. «Da erfahre ich viel Dankbarkeit, das ist schön.»

Weniger erfreulich seien Kundinnen und Kunden, die weder «Hallo» noch «Bitte» noch «Merci» sagten. Da frage sie sich manchmal schon, ob diese Leute keine Höflichkeit gelernt hätten. «Das macht mich manchmal richtig hässig.» Unangenehm auch jene Leute, die ihren Frust und ihre schlechte Laune am Kiosk deponieren.

KLARES ZIEL. Wie viele ihrer Kolleginnen und Kollegen hat auch Bezio keine Ausbildung im Verkauf. Sie hat die Fachmatura erlangt. Danach musste sie arbeiten, um Geld für ihr Studium auf die hohe Kante legen zu können. Seit September studiert Bezio jetzt Soziale Arbeit in Bern und arbeitet deshalb nur noch zwei Tage pro Woche im Kiosk. Bezio: «Ich muss Geld verdienen, um mir das Studium zu finanzieren und um zu

leben. Viele meiner Mitstudierenden arbeiten, um in die Ferien zu fahren oder Markenkleider zu kaufen, ich kann mir das nicht leisten.» Bezio studiert mit einem klaren Ziel: «Ich möchte Leuten helfen, Krisen zu bewältigen.» Als Bewährungshelferin oder im Sozialdienst. Sie findet es schön, dass man in diesem Beruf weniger ersetzbar ist. «Klar kommen die Leute auch deshalb zum Kiosk, weil sie mich mögen. Aber in der sozialen Arbeit zählen meine Persönlichkeit und meine Gedanken viel mehr.»

Giulia Bezio ist es wichtig, einen Beitrag an die Gesellschaft zu leisten: «Als Kind habe ich davon geträumt, den Friedensnobelpreis zu gewinnen.» Überhaupt spielt politisches Engagement in Bezios Leben eine wichtige Rolle: Sie ist Mitgründerin der Kommunistischen Jugend Bern, ist aktiv im Frauenstreikkollektiv Thun und Mitglied der Unia-Jugend. Bezio: «Ich bin ein grosser Fan der Gewerkschaften. Es braucht schlagkräftige Organisationen, welche die Sache der Arbeitenden verteidigen.»



**GIULIA BEZIO
POLITISCHE
BOXERIN**

Giulia Bezio (* 2000) ist in Thun aufgewachsen. Bezio stammt aus einer Arbeiterfamilie, die Grosseltern kamen als Saisoniers aus Italien in die Schweiz. Ihre Mutter hat sie und ihre Schwester alleine grossgezogen. Das alles habe ihr Denken stark geprägt. Sie weiss, was es heisst, wenn das Geld nicht bis zum Ende des Monats reicht. Deshalb hatte sie als Kind manchmal das Gefühl, dass viel Geld sie glücklich machen würde. Ihre Schwester habe ihr dann aber gezeigt, dass es nicht primär um sich selber gehe. Überhaupt, die grosse Schwester: «Sie ist mein Vorbild, für mich die stärkste Frau der Welt.» Und hat Bezio gelehrt: Wenn sie alleine viel verdiene, helfe das vielleicht der Familie, wenn aber alle Arbeiterinnen und Arbeiter mehr verdienen, helfe das der Gesellschaft als Ganzes.

RAPPERIN. Bis vor zwei Jahren hat Bezio Leistungssport gemacht, Boxen. Doch das politische Engagement ist ihr jetzt wichtiger. Und als Frau sei der Boxsport schwierig. Sie konnte nie an einem Wettkampf teilnehmen, weil es zu wenig Frauen gibt. Und Bezio macht Rap, das ist ihr Ventil. Aber (noch) nicht für Publikum. «Ich rappe mit meinen Freunden, wie's grad kommt.» Giulia Bezio ist Unia-Mitglied und verdient als Kioskverkäuferin 21 Franken pro Stunde netto.

SCHLECKSTENGEL, HEFTLI, LOTTO & CO.: Mit Giulia Bezio den grossen Lottogewinn machen! Wenn nicht, reicht's bestimmt für etwas Süsses. Und work hat einen Gastauftritt am Kiosk.



Sozialabbauer? Lohndumper? Jobvernichter? work nennt die Namen. Angriff, kritisch, frech.

work abonnieren. Für nur Fr. 36.- im Jahr jeden zweiten Freitag direkt ins Haus.

Vorname/Name _____
 Strasse _____
 PLZ/Ort _____
 Telefon/E-Mail _____

work, Abodienst, Postfach 272, 3000 Bern 15. www.workzeitung.ch

WORKIMPRESSUM work ist die Zeitung der Gewerkschaft **Herausgeberin** work, Gewerkschaft Unia **Verlag und Redaktion** Weltpoststrasse 20, 3000 Bern **Postadresse** Postfach 272, 3000 Bern 15 **Telefon Verlag und Redaktion** 031 350 24 18 **Fax** 031 350 24 55 **E-Mail Verlag** verlag@workzeitung.ch **E-Mail Redaktion** redaktion@workzeitung.ch **Internet** www.workzeitung.ch **Redaktion** Marie-Josée Kuhn (Chefredaktorin), mariejoseekuhn@workzeitung.ch; Anne-Sophie Zbinden (Stv. Chefredaktorin, Produzentin), annesophiebinden@workzeitung.ch; Christian Egg, christianegg@workzeitung.ch; Ralph Hug, ralphhug@workzeitung.ch; Jonas Komposch, jonaskomposch@workzeitung.ch; Patricia D'Incau, patriciadincau@workzeitung.ch **Mitarbeit an dieser Nummer** Katrin Bärtschi, Peter Bodenmann, Martin Jakob, Odilo Noti, Andreas Rieger, Michael Stötzel, Clemens Studer, Johannes Supe, Astrid Tomczak, Jean Ziegler **Gestaltung/ Layout** Nina Seiler, ninaseiler@workzeitung.ch; Silvia Aeschbach, silviaaeschbach@workzeitung.ch **Korrektur** Urs Remund, ursremund@workzeitung.ch **Sekretariat** Mirka Gossenbacher (Mo-Mi, Fr), verlag@workzeitung.ch **Anzeigenmarketing** Mirka Gossenbacher, Telefon 031 350 24 18, anzeigen@workzeitung.ch **Druck** CH Media Print AG, Im Feld 6, 9015 St. Gallen **Abonnement** Jahresabonnement (21 Ausgaben) Fr. 36.-, Einzelpreis Fr. 2.80, Euro 2.- **Abodienst** Unia-Mitglieder: Bitte wenden Sie sich an die zuständige Unia-Sektion. Übrige Abonnenten: Mo-Fr 9-11.30 Uhr, Telefon 031 350 24 18, abo@workzeitung.ch **Auflage** 74 963 inkl. Beilagen für alle Mitglieder der Gewerkschaft Unia.